

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Beginn: 15:35 Uhr – Ende: 18.44 Uhr

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Ich eröffne die erste Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004 bis 2009 und begrüße Sie alle recht herzlich hier im Ratssaal.

Die Geschicke einer Stadt, meine Damen und Herren, werden nach der Gemeindeordnung ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Und diese Bürgerschaft wird durch den Rat und den Oberbürgermeister repräsentiert. Ebenso natürlich durch die Bezirksvertretungen. Ich freue mich daher, zu Beginn der neuen Ratsperiode alle zu begrüßen, die für unsere Stadt und das Gemeinwohl verantwortlich sind.

Beginnen wir mit unseren Gästen auf der Zuschauertribüne: den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln. Sie haben als Souverän in der Kommunalwahl die Zusammensetzung des Rates bestimmt. Sie haben uns im Rat und in den Bezirksvertretungen das Mandat erteilt, als Treuhänder in ihrem Namen die erforderlichen politischen Entscheidungen zu treffen.

Erlauben Sie mir, auf der Tribüne ganz kurz auch unser ehemaliges Ratsmitglied Helga Schlapka begrüßen zu dürfen. Frau Schlapka hat in der letzten Periode als Altersvorsitzende die erste Sitzung eröffnet. Ich erinnere mich sehr gut daran. – Ich freue mich, dass Sie auch weiterhin die Arbeit des Rates mit Interesse verfolgen wollen.

Gestatten Sie mir, mit einem Augenzwinkern, auch den folgenden Hinweis: Heute habe ich das ehrenvolle Amt, die erste Sitzung zu eröffnen – jedoch nicht als Altersvorsitzender, sondern immer noch als Ihr amtierender Oberbürgermeister.

Ebenfalls begrüßen möchte ich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Sie, meine Damen und Herren, liefern mit ihrer Berichterstattung einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag dazu, die Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit im Rat zu informieren. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Nicht nur begrüßen, sondern auch beglückwünschen möchte ich die gerade in ihr Amt gewählten Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher. Die Bezirksvertretungen nehmen eine wichtige Funktion in unserer Stadt wahr. Sie bestimmen – noch näher vor Ort, in den einzelnen Bezirken –

über die Angelegenheiten, die die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen, und sie haben das Ohr oft noch direkter an den Problemen, die in den einzelnen Veedeln auf den Nägeln brennen. Auch Ihnen rufe ich zu: auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Nehmen Sie bitte meine Glückwünsche zur Wahl, aber auch die Bitte um eine gute Zusammenarbeit mit in Ihre Bezirksvertretungen!

Mein Gruß gilt nun insbesondere den neuen Mitgliedern des Rates der Stadt Köln. Zunächst einmal gratuliere ich allen Stadtverordneten zu ihrer Wahl. Erlauben Sie mir, im Rahmen der Einführung in ihr Amt noch einmal näher auf Sie einzugehen.

Ebenfalls begrüßen möchte ich den Stadtdirektor und die Damen und Herren Beigeordneten, zu meiner Linken und zu meiner Rechten, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Krankheitsbedingt entschuldigt ist heute Herr Dr. Schulte.

Meine Damen und Herren, die neu gewählten Ratsmitglieder werden gleich von mir in ihr Amt eingeführt. Bevor wir dazu und zu den weiteren Tages- und Geschäftsordnungsfragen kommen, müssen wir uns aber zunächst auf die Person verständigen, die unsere Beratungen und Ergebnisse dauerhaft und der Gemeindeordnung entsprechend festhalten soll.

Ich schlage daher vor, unter Punkt 1 der Tagesordnung die Bestellung eines Schriftführers bzw. einer Schriftführerin und eines Stellvertreters oder einer Stellvertreterin abzuhandeln. Anschließend wird als Tagesordnungspunkt 2 die Verpflichtung der neuen Ratsmitglieder erfolgen. Nachdem dies geschehen ist, können wir dann mit der Arbeit beginnen.

Ich schlage vor, über die genaue Festlegung der weiteren Tagesordnung zu beraten, bevor wir mit Tagesordnungspunkt 3 anschließend in die Tagesordnung einsteigen.

Sind Sie damit einverstanden, meine Damen und Herren? – Ich sehe, das ist der Fall.

Bevor wir die Sachdebatte beginnen können, müssen wir uns konstituieren. Dies ist nach der Gemeindeordnung so vorgesehen. Deshalb rufe ich auf:

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

1. Bestellung einer Schriftführerin und eines Stellvertreters oder einer Stellvertreterin

Gemäß § 52 Abs. 1 unserer Gemeindeordnung in Verbindung mit § 33 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung bestellt der Rat zu Beginn der Ratsperiode auf Vorschlag der Verwaltung aus dem Bereich der Verwaltung einen Schriftführer bzw. eine Schriftführerin und eine Stellvertretung.

Ein Wahlvorschlag liegt Ihnen umgedruckt vor. Vorgeschlagen sind als Schriftführerin Frau Petra Kramp und als stellvertretender Schriftführer Herr Erik Stäuder. Die beiden Genannten sind anwesend. Ich darf Sie, Frau Kramp und Herr Stäuder, bitten, sich kurz zu erheben. – Danke schön!

Das Gesetz verlangt zur Wahl jeweils die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen nach § 50 Abs. 5 Gemeindeordnung nicht mitzählen. Wir kommen jetzt zur Wahl. Ich lasse getrennt über beide Positionen abstimmen.

Zunächst zur Wahl der Schriftführerin. Wer für Frau Kramp als Vorschlag der Verwaltung ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zur Wahl des Stellvertreters. Wer für Herrn Stäuder als Vorschlag der Verwaltung ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist auch dies einstimmig angenommen und so beschlossen.

Vielen Dank, Frau Kramp und Herr Stäuder: Auf eine weitere gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Als erste Amtshandlung bitte ich die Schriftführung zu notieren: Soweit mir bekannt ist, fehlt heute keines der gewählten Ratsmitglieder.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

2. Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Ich bitte nun alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben – auch Sie, liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, sowie die Vertreter der Presse und die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher.

(Die Anwesenden erheben sich)

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder: Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie alle, Ihre Aufgaben als Mitglieder des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Damit haben wir uns jetzt auch konstituiert.

Drei Ratsmitglieder möchte ich gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit mit einem Amt betrauen. Nach § 11 der Geschäftsordnung des Rates obliegt es mir, aus den Reihen der Ratsmitglieder drei Stimmzähler zu bestimmen. Ich bitte die Ratsmitglieder der drei stärksten Fraktionen, die jeweils an alphabetisch erster Stelle stehen, diese Aufgabe zu übernehmen. Wir haben der Gewohnheit nach ein rollierendes System. Nach meinen Unterlagen sind das heute: Herr Bartsch von der CDU-Fraktion, Herr Bacher von der SPD-Fraktion und Herr Brust von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sind die Genannten bereit, dieses Amt anzunehmen?

(Götz Bacher [SPD]: Selbstverständlich, Herr Oberbürgermeister!)

- Ein deutliches „Selbstverständlich!“ von Herrn Bacher spricht hoffentlich auch für die anderen beiden. – Ich erkenne die Zustimmung durch ein Nicken. So sind Sie heute zu der Arbeit aufgefordert. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Damit ist der feierliche Akt der Einführung und Verpflichtung fast abgeschlossen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein paar Gedanken für unseren gemeinsamen Weg zum Wohle Kölns mitzugeben:

Meine Damen und Herren, der neue Rat hat 90 Mitglieder, die neun unterschiedlichen politischen Gruppierungen angehören. Der Frauenanteil liegt in dieser Ratsperiode bei mehr als einem Drittel. In der Altersstruktur stellt der neue Rat einen guten Querschnitt dar.

Ich begrüße stellvertretend das jüngste Ratsmitglied. Dies ist Frau Özlem Demirel aus der Rats-

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

gruppe PDS, geboren 1984; das darf ich bei dem jungen Alter noch sagen. Begrüßen möchte ich ebenfalls – und hier möchte noch einmal auf die wohlgesetzten Worte von Helga Schlapka aus der letzten konstituierenden Ratssitzung von 1999 zurückgreifen – „das am wenigsten junge Ratsmitglied“. Dies ist Josef Müller, geboren 1938.

Meine Damen und Herren, wie in der Hauptsatzung vorgesehen, haben wir uns gerade dazu verpflichtet, unsere Aufgabe nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen. Orientieren sollen wir uns dabei allein an Recht und Gesetz und vor allem am Wohl der Stadt Köln. Im Sinne einer politischen Kultur appelliere ich an jede und jeden von uns, sich dieser Verpflichtung jederzeit bewusst zu sein, nicht zuletzt, um der Verantwortung gerecht zu werden, die uns allen von den Wählerinnen und Wählern übertragen wurde.

Die Bürgerschaft der Stadt Köln ist stolz auf ihre lange Tradition der kommunalen Selbstverwaltung. Schon früh haben sich die Bürger unserer Stadt das Recht erstritten, die eigenen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu entscheiden. Wir können uns als Rat auf eine Tradition berufen, die bis ins zwölfte Jahrhundert zurückgeht. Mit dem Verbundbrief von 1396 entstand eine städtische Verfassung. Damit wurde das Recht, aber auch die Pflicht des Rates begründet, für das Wohlergehen der Bürgerschaft zu sorgen.

Als Sinnbilder dieser Verantwortung, aber auch als ständige Mahnung daran ließ der Rat Darstellungen der neun Helden und der acht Propheten im und vor dem Ratssaal anbringen. Dies waren im alten Rathaus Hansasaal und Senatsaal. Diese Symbole des moralischen Anspruchs an ein „gutes Regiment“ sind im Hansasaal zu besichtigen.

In den Botschaften der acht Propheten verdichtet findet sich die Quintessenz dessen, was die Weisheit der Ratsmitglieder und all derjenigen, die Verantwortung für das Gemeinwohl tragen, ausmachen sollte. Diese Aussagen sind zwar zeitgenössisch, aber doch unverändert aktuell. Mehr noch, meine Damen und Herren, sie besitzen auch heute uneingeschränkte Gültigkeit.

Die Botschaften richten sich sowohl an den Rat als auch an die Verwaltung:

- Keine Entscheidung darf gegen den ethischen Grundsatz unserer abendländischen Gesellschaft verstoßen.
- Vor einer Entscheidung sind deren Auswirkungen genau zu überdenken und deren Umsetzung ist zügig zu bewerkstelligen.
- Das eigene Tun muss stets vom öffentlichen Gemeinwohlinteresse geleitet sein. Persönliche, eigene Interessen dürfen hingegen nicht verfolgt werden.
- Die Ratsmitglieder sind zur vertraulichen Behandlung verpflichtet.
- Diese Grundsätze sollten von keinem in Frage gestellt werden.
- Für diese Grundsätze und das Allgemeinwohl ist unbegrenzter Einsatz zu leisten.

Der Grundsatz, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, können wir im Mittelalter belassen. Ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht soll daher heute auch maximal mit einem Ordnungsgeld, nicht jedoch mehr mit dem Herausschneiden der Zunge bestraft werden können – obwohl: manchmal denke ich darüber nach.

(Heiterkeit)

Ich denke, diese Botschaften sollten in den nächsten fünf Jahren als Leitmotive unserer Arbeit verstanden werden. Wir sollten sie aktiv mit Leben erfüllen.

Der bis heute amtierende, 1999 gewählte Rat hat sich in seiner Amtsperiode dieser Verantwortung gestellt. Ich möchte nur an die Signale erinnern, die von Ehrenkodex, Ehrenrat und Leitfaden ausgehen. Ich rufe uns alle dazu auf, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Unterzeichnen Sie den Ehrenkodex. Beschließen Sie auch für den neuen Rat einen Leitfaden. Setzen auch wir ein Zeichen, dass wir uns der Verantwortung des uns übertragenen Mandats bewusst sind!

Diese Verantwortung sollte auch das Miteinander in der Ratsarbeit bestimmen. Als Oberbürgermeister aller Kölnerinnen und Kölner und als Vorsitzender aller Mitglieder des Rates fordere ich daher zum fairen Umgang miteinander auf.

(Beifall Elfi Scho-Antwerpes [SPD])

Ein konstruktives Arbeiten ist nur möglich, wenn wir dem anderen zuhören, ihn ausreden lassen. In der Sache und um der Sache willen sind harte

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Diskussionen erlaubt und manchmal notwendig. Dabei darf es jedoch nicht zu persönlichen Angriffen oder diffamierenden Äußerungen kommen.

Ich werde hierauf genau achten und für die Einhaltung dieser Fairness im Rat sorgen. Diese Fairness gilt auch für das Publikum. Ich möchte darum bitten, dass Zurufe und Beifalls- oder Missfallensbekundungen von der Tribüne unterbleiben.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun mit der Arbeit beginnen. Ich rufe Ihnen zu: auf eine gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Im Sinne eines geordneten Sitzungsablaufs schlage ich Ihnen vor, in der heutigen konstituierenden Sitzung von den Möglichkeiten unserer Hauptsatzung nach § 7 Abs. 3 Gebrauch zu machen und die Redezeiten in Geschäftsordnungsangelegenheiten abweichend von § 19 Abs. 5 von fünf auf drei Minuten und in der Sachdebatte abweichend von § 18 Abs. 4 von zehn auf fünf Minuten zu beschränken.

Findet das Ihre Zustimmung meine Damen und Herren? – Da gibt es eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, das ist ein Versuch, eine ganze Reihe von überaus problematischen Angelegenheiten durchzupeitschen.

Wer einen Blick auf den Umfang verschiedener Vorlagen wirft, die wir hier zu beraten haben, der wird mir Recht geben, dass es nicht möglich ist, diese zwischen Tür und Angel zur Kenntnis zu nehmen. Und es ist erst recht nicht möglich, sie zwischen Tür und Angel zu beraten.

Meine Fraktion ist deshalb mit der Verkürzung dieser Redezeit selbstverständlich nicht einverstanden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich nehme das so zur Kenntnis, bin aber persönlich anderer Meinung. Ich möchte deswegen gerne den Rat befragen und werde darüber abstimmen lassen. Wer für meinen Vorschlag der Verkürzung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen von pro Köln und bei Enthaltung von Herrn Bre-

inek ist das so mit deutlicher Mehrheit angenommen. Meinem Vorschlag einer Reduzierung der Redezeiten – selbstverständlich nur für diese Sitzung – wurde so gefolgt.

Meine Damen und Herren, der Entwurf der Tagesordnung liegt Ihnen vor. Fettgedruckte Punkte kennzeichnen in den entsprechenden Spalten die nachträglichen Zu- und Absetzungen.

Das betrifft unter anderem die Tagesordnungspunkte 3, 14 und 15 sowie später, im nicht öffentlichen Teil, einige Liegenschaftsangelegenheiten. Die jeweils erforderlichen Begründungen für die Zusetzungen finden Sie in den entsprechenden Vorlagen. Sind Sie damit einverstanden, meine Damen und Herren? – Herr Rouhs, bitte schön.

Manfred Rouhs (pro Köln): Wir haben in drei Punkten Beanstandungen an der Tagesordnung anzubringen.

Was die Vorlage der entsprechenden Unterlagen angeht, so sind die Fristen von zehn Tagen jeweils nicht eingehalten worden. Dies ist nicht nachvollziehbar. Es ist von der Verwaltung allerdings sehr vernünftig, dass sie unter den Umständen, die hier bestehen, die Punkte 14 und 15 von der Tagesordnung absetzt. Meine Fraktion hätte ansonsten klar gemacht, dass es im Konsens mit pro Köln nicht möglich ist, das heute und hier zu beraten.

(Lachen bei Bündnis 90/Die Grünen)

- Wenn Sie einmal in den § 2 der Geschäftsordnung hineinschauen, werden Sie feststellen, dass das, was die Dringlichkeit angeht, gar nicht so ganz unwichtig ist.

Sie sollten dann aber auch konsequent sein und auch die Tagesordnungspunkte 7 und 8 ordentlich und unter Wahrung der Fristen in die nächste Sitzung des Rates einzubringen, denn da geht es um die Festlegung der Anzahl und der Bezeichnung der Ausschüsse.

Dazu ist, bislang jedenfalls, innerhalb der Frist nichts vorgelegt worden, sodass zumindest meine Fraktion, die offensichtlich von den Hintergrundgesprächen, die in diesem Zusammenhang geführt worden sind – wir konnten das ja auch der Tagespresse entnehmen –, ausgeschlossen war, keine Möglichkeit hatte, zu beraten, wer im einzelnen für welchen Ausschuss vorgesehen

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

werden soll. Da das ohnehin erst im November beraten wird, wäre es nahe liegend gewesen, hierzu unter Einhaltung der Zehn-Tages-Frist eine Vorlage zu machen und diese in die November-sitzung des Rates einzubringen.

Des Weiteren ist meine Fraktion natürlich nicht mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 17.8 betreffend die Fraktionszuwendungen in dieser Sitzung einverstanden. Um eine Beratung dieses Punktes vornehmen zu können, wäre eine objektive Dringlichkeit notwendig. Diese ist jedoch ganz offensichtlich nicht vorhanden. Der Rat der Stadt Köln hat über die Fraktionszuwendungen eine seit vielen Jahren gültige Regelung getroffen und ist insofern in dieser Angelegenheit in vollem Umfang handlungsfähig. Jetzt zwischen Tür und Angel, unter Außerachtlassung der Zehn-Tages-Frist, eine neue Regelung durchzupauken, entspricht ganz offensichtlich ausschließlich dem parteipolitischen Interesse, das hier eine Artikulation in der Absicht findet, der Fraktion pro Köln de facto, zumindest was die Personalzuwendungen betrifft, den Fraktionsstatus streitig zu machen. Darauf läuft das hinaus.

Sie wussten schon im September, dass der Wähler anders entschieden hat, als Ihnen das Recht war. Sie hätten hier rechtzeitig eine Vorlage einbringen können. Objektiv ist für den Punkt 17.18 keine Dringlichkeit ersichtlich. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass meine Fraktion es nicht hinnehmen wird, wenn Sie über diesen tatsächlichen Einwand hinweggehen. Im Zweifelsfall werden wir hier auch den Regierungspräsidenten anrufen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Zunächst einmal: Wir machen hier nichts zwischen Tür und Angel. Wir sind hier im ordentlichen Saal der Bürgerschaft. In diesem Ratssaal werden Entscheidungen überlegt, gründlich vorbereitet und dann getroffen.

Zum Thema der Fristen zu 7 und 8 muss ich Ihnen leider widersprechen: Diese Vorlagen sind fristgerecht eingereicht und vorgelegt worden; die Begründung ist in der Vorlage selbst enthalten. Der Beschluss dazu wird hier erst gefasst.

Was den Tagesordnungspunkt 17.8 angeht, so ist die Dringlichkeit in dieser Vorlage selbst begründet. Auch insofern kann ich Ihnen also nicht Recht gebe. Natürlich lasse ich über Ihr Ansinnen aber abstimmen.

Abstimmung über die Dringlichkeit von 17.8: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine deutliche Mehrheit. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von Herrn Breninek und pro Köln. – Enthaltungen? Enthaltungen gibt es keine. – Damit ist die Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 17.8 so beschlossen.

Nunmehr frage ich noch einmal einzeln die Tagesordnungspunkte 7 und 8 ab:

Wer dafür ist, dass Tagesordnungspunkt 7 auf der Tagesordnung verbleibt, den bitte ich um das Handzeichen – Auch das ist eine große Mehrheit. – Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von Herrn Breninek und von pro Köln – Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es keine. Damit verbleibt der Punkt 7 auf der Tagesordnung.

Wer dafür ist, dass Tagesordnungspunkt 8 auf der Tagesordnung verbleibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gleiche Mehrheit. – Enthaltungen? – Keine. Also auch hier Feststellungen der Tagesordnung!

Meine Damen und Herren, die Punkte 7 und 8 bleiben also auf der Tagesordnung.

Die Fraktion pro Köln hat ihrerseits einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, über dessen Annahme wir nun noch abstimmen müssen. Diese Vorlage enthält eine Begründung der Dringlichkeit.

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Herr Oberbürgermeister, ich hätte gerne von meinem Platz aus gesprochen, aber wir verfügen im Gegensatz zu den anderen Fraktionen nicht über ein Mikrofon im Saal. Vielleicht kann man bei Gelegenheit einmal Abhilfe schaffen.

Ich möchte zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln sprechen, mit dem diese beabsichtigt, den Punkt „Rennbahnverein“ auf die Tagesordnung zu setzen: Wie allgemein bekannt ist, wird seit Monaten ein Dialogverfahren zwischen Rennbahnverein, Bürgerschaft, Bürgerinitiativen und Politik durchgeführt. Angesichts der drohenden Insolvenz hat es auch kürzlich Gespräche zu diesem Thema gegeben und alle Beteiligten haben ihr Bemühen zum Ausdruck gebracht, dies einer Lösung zuzuführen. Insofern sehe ich keine Dringlichkeit bei dieser Antragstellung gege-

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

ben und bitte sie daher, die Sache als erledigt anzusehen.

Herr Oberbürgermeister, darf ich noch eine Anmerkung bzw. einen Vorschlag zum Gelingen der Ratssitzung machen? Als ich gerade hereingekommen bin, standen noch jede Menge Leute vor der Tür, die sich gerne die Ratssitzung anschauen wollten. Denen wurde gesagt, dass die Tribüne im Ratssaal vollständig besetzt sei. Das ist aber nach Augenschein nicht der Fall. Vielleicht könnten wir in den nächsten Ratssitzungen übrig gebliebene Sitzungskarten unten beim Pförtner hinterlegen. Denn ich finde es eigentlich schade, dass Bürger, die an der Ratssitzung teilnehmen wollen, mit der Begründung ausgeschlossen werden, alles sei ausgebucht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Da stimme ich Ihnen völlig zu. Zur Aufklärung dieses Sachverhalt möchte ich sagen: Es sind für alle Plätze Karten ausgegeben worden, sodass wir davon ausgehen mussten, die Tribüne sei voll besetzt. Eventuell sind nicht alle Karten abgeholt worden oder es sind Karten für Plätze abgeholt worden, die heute nicht besetzt sind. Das ist wohl der Grund dafür, dass jetzt noch einige Plätze frei sind. Aber Sie haben völlig Recht: Wir müssen das nächster Mal eine flexiblere Lösung finden. Wenn zu Beginn der Sitzung Plätze nicht besetzt sind, dann sollten wir überlegen, ob man nicht nachfüllen kann.

(Beifall)

In Ergänzung dazu, was Sie, Frau Moritz, zur Dringlichkeit des Antrages gesagt haben, möchte ich noch Folgendes mitteilen: Mir liegt ein Fax vom heutigen Tage vom Kölner Rennverein vor, wonach die Fristen, auf die man sich in der Begründung zur Dringlichkeit bezogen hat, um etwa zehn Tage verlängert worden sind. Es wird in dieser Zeit mit Sicherheit noch weitere Gespräche über die Kreditzusage – das ist aus den Gesprächen bereits bekannt und im Übrigen auch der Presse zu entnehmen – geben. Auch dies spricht also gegen die Annahme einer Dringlichkeit.

Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verlängerung der Frist um zehn Tage bedeutet eine Verschiebung für eine eventuelle Aufkündigung

der Kredite einer Gläubigerbank des Rennbahnvereins vom 15. auf den 25. Oktober. Auch dieser Termin liegt vor der nächsten Ratssitzung im November, sodass die Dringlichkeit nach meiner Auffassung trotzdem gegeben ist. Diese Ratssitzung ist, wie es vor dem Fax feststand, die letzte vor Ablauf dieser Fristen. Das Gremium hat wahrscheinlich in dieser Ratssitzung zum letzten Mal Gelegenheit, falls die Kredite unverhofft gekündigt werden, in dieser Causa in irgendeiner Form einzugreifen.

Mir ist das Argument bekannt, wonach der Rennbahnverein hier möglicherweise Panik verbreitet, um ein Tätigwerden der Kommunalpolitik zu provozieren und so doch noch die Zustimmung für eine Teilbebauung des Rennbahngeländes zu bekommen. Gegenstand unseres Dringlichkeitsantrages ist es gerade, das auszuschließen. Darum geht es uns nicht. Wenn hier aber ein Bankhaus ankündigt – –

(Martin Börschel [SPD]: Zur Dringlichkeit!)

- Ich versuche gerade, Ihnen den Zusammenhang darzulegen. Es ist deshalb dringlich, weil wir heute die letzte Chance haben, hier etwas zu tun.

Wesentlich ist es natürlich, diese „Drohung“, die im Raume steht, richtig einzuschätzen. Ich habe den Eindruck, Sie schätzen sie nicht richtig ein. Sie denken, das sei ein strategischer Schachzug vonseiten der Bank, sie wolle nur ein bisschen mit dem Säbel rasseln und am Ende gehe die Sache doch irgendwie gut. Das ist bei Banken der Tendenz nach eher unüblich.

Beim Rennbahnverein selbst würde ich das allerdings in der Tat nicht für ausgeschlossen halten.

(Petra Grah [CDU]: Das ist alles nicht zur Dringlichkeit!)

Denn wenn eine Bank die Kündigung eines Kredites ankündigt und diese dann doch nicht umsetzt, treten intern Haftungsfragen auf. Der Tendenz nach lässt die Bank eher eine Kündigung zustande kommen, wenn sich bis 25. Oktober nicht wirklich etwas tut.

Sie, meine Damen und Herren, haben vor diesem Termin heute im Rat zum letzten Mal die Gelegenheit, etwas zu unternehmen. Ich bitte Sie ganz herzlich, diese möglicherweise letzte Gelegenheit nicht aus Gründen der parteipoliti-

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

schen Opportunität ungenutzt verstreichen zu lassen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Rouhs. – Ich bin da anderer Meinung. Wir haben Gelegenheit, diese Dinge noch zu besprechen. Ich habe die Zusage des Rennbahnvereins, dass in jedem Fall vor einer Entscheidung die Einbeziehung der Stadt gewährleistet ist. Sodann sehe ich die Dringlichkeit nicht.

Ich lasse aber auch darüber gerne abstimmen: Wer meiner Meinung ist, dass dieses Thema heute nicht unbedingt behandelt werden soll, wer die Dringlichkeit also ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die große Mehrheit. – Gegenstimmen? – Gegenstimmen der Fraktion pro Köln und von Herrn Breninek. – Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, es ging gestern außerdem Tage ein Antrag auf eine Aktuelle Stunde ein. Nach unserer Geschäftsordnung haben Fraktionen das Recht, eine solche Aktuelle Stunde zu beantragen. Ich schlage daher vor, diese Aktuelle Stunde gemäß § 7 Abs. 3 unserer Hauptsatzung in Abweichung von § 5 der Geschäftsordnung nicht an erster Stelle, sondern als Tagesordnungspunkt 17.0 zu behandeln. Vorher sollten wir die Punkte in der Tagesordnung abhandeln, die als formale Grundlagen unserer Ratsarbeit festgelegt werden müssen; anschließend können wir dann mit der Sacharbeit beginnen.

Bis dahin können aber auch vielleicht einige Irrtümer richtig gestellt werden, denen die Antragsteller meines Erachtens unterlegen sind: Tagesordnungspunkt 3, der unter anderem Gegenstand der Aktuellen Stunde ist, steht zum Beispiel gar nicht mehr auf der Tagesordnung. Zu den befürchteten Diskriminierungen unter Tagesordnungspunkt 8 kann vielleicht während des betreffenden Tagesordnungspunktes 8 von mir eine kurze rechtliche Aufklärung der Antragsteller dazu erfolgen, warum das Verfahren nach der Gemeindeordnung bereits kraft Gesetzes rechtmäßig ist.

Wird das Wort für oder gegen diese Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist es einstimmig so beschlos-

sen. Meine Damen und Herren, damit setzen wir diesen Punkt auf Tagesordnungspunkt 17.0.

Kurz vor der Sitzung gab es noch die Einreichung eines gemeinsamen Antrages: von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der PDS/OL-Ratsgruppe und der KBB-Gruppe. Auch darüber muss hinsichtlich Dringlichkeit und Aufnahme in die Tagesordnung abgestimmt werden.

Die Begründung der Antragsformulierung ist, glaube ich, verständlich. Ich mache Ihnen den Vorschlag – sofern das mehrheitlich Zustimmung findet –, dies unter 1.1 des Tagesordnungspunktes 19 b) zu platzieren.

Ich lasse abstimmen. Wer für meinen Vorschlag und damit für die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine große Mehrheit. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. – Es ist einstimmig so angenommen.

Dann frage ich abschließend: Sind Sie mit der geänderten Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Vielen Dank, die Tagesordnung gilt dann als festgelegt.

Punkt 3 ist zurückgezogen worden.

Ich rufe daher nun Tagesordnungspunkt

4. Festlegung der Zahl der Bürgermeister

auf.

Es steht die Entscheidung an, wie viele Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister es in dieser Wahlperiode geben soll. Soweit mir bekannt ist, tendiert die Mehrheit in dieser Ratsperiode dazu, die Zahl auf drei festzusetzen. Stimmt das?

(Josef Müller [CDU]: Ja!)

- Ich sehe, dass das der Fall ist. Gibt es weitere Vorschläge oder Wortmeldungen? – Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (F.D.P.): Herr Oberbürgermeister! Ich beantrage für die FDP-Fraktion, dass wir auch in der neuen Ratsperiode hier in Köln mit vier Bürgermeistern, mit vier Stellvertretern Ihrer Person, arbeiten.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Es gibt noch eine Wortmeldung. – Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Ich habe keine Wortmeldung, sondern einen weiteren Antrag: Meine Fraktion beantragt, die Zahl der Bürgermeister auf zwei zu reduzieren.

(Martin Börschel [SPD]: Ich dachte, auf 18 zu erhöhen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. – Jetzt haben wir also drei Vorschläge, über die wir abzustimmen haben. Der Antrag, die Zahl der Bürgermeister bei vier zu belassen, ist der am weitesten gehende Antrag. Deshalb lasse ich darüber zuerst abstimmen.

Wer für vier Bürgermeister ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP und das ist die Gruppe Kölner Bürger-Bündnis. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von CDU, von Grünen, von pro Köln, von PDS, von Herrn Breninek und von Herrn Ludwig. – Enthaltungen? – Enthaltung der SPD. Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Das Abstimmungsprozedere muss ich noch üben; das ist ja furchtbar schwer, die Stimmen zuzuordnen.

Jetzt zu dem Antrag, die Zahl der Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen auf drei zu reduzieren. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von CDU, von SPD, von Grünen und PDS. – Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von FDP, pro Köln und Kölner Bürger-Bündnis. Enthaltungen? – Bei Enthaltung von Herrn Breninek. Dieser Vorschlag ist mehrheitlich angenommen. Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag, die Zahl der Bürgermeister auf zwei festzusetzen.

Das heißt, die Zahl der zu wählenden Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen ist auf drei festzusetzen.

Ich komme damit zu Tagesordnungspunkt

5. Wahl der Stellvertreter des Oberbürgermeisters gemäß § 67 Absatz 1 GO NW

Nachdem wir also nun gerade die Zahl der zu wählenden Bürgermeister und Bürgermeisterin-

nen festgestellt haben, kommen wir zum eigentlichen Wahlakt.

Gestatten Sie mir dazu noch einige Erläuterungen: Gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens sind die ehrenamtlichen Stellvertreter und Stellvertreterinnen des Oberbürgermeisters ohne Aussprache aus der Mitte des Rates zu wählen.

§ 67 Abs. 2 der Gemeindeordnung bestimmt, dass bei der Wahl des Stellvertreters des Oberbürgermeisters nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang geheim abgestimmt wird. Dabei findet § 50 Abs. 3 Satz 3 der Gemeindeordnung entsprechende Anwendung. Dieser lautet:

Dabei sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und Gruppen des Rates nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Teilung der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen durch 1, 2, 3 usw. ergeben.

Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters ist – nun wieder nach § 67 Abs. 2 der Gemeindeordnung –, wer an der ersten Stelle des Wahlvorschlages steht, auf den die erste Höchstzahl entfällt.

Zweiter Stellvertreter ist, wer an vorderster, noch nicht in Anspruch genommener Stelle des Wahlvorschlages steht, auf den die zweite Höchstzahl entfällt.

Dritter Stellvertreter dementsprechend ist, wer an vorderster, noch nicht in Anspruch genommener Stelle des Wahlvorschlages steht, auf den die dritte Höchstzahl entfällt.

Weitere Höchstzahlen sind für uns nicht mehr von Belang. Zwischen Wahlvorschlägen mit gleicher Höchstzahl findet eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet hier das von mir zu ziehende Los. – Haben wir so etwas vorbereitet?

(Heiterkeit)

Soweit die Rechtslage nach der Gemeindeordnung.

Ich komme jetzt zu den Wahlvorschlägen: Wahlvorschläge können Fraktionen, mehrere Fraktionen gemeinsam und auch Gruppen von Ratsmitgliedern, nicht aber einzelne Ratsmitglieder ma-

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

chen. Dazu ist es notwendig, dass von den Vorschlagsberechtigten ein oder mehrere Bewerber namentlich auf einer Liste benannt werden, und zwar in einer bestimmten Reihenfolge.

Welche Wahlvorschläge werden gemacht? – Bitte schön, Frau Grah.

Petra Grah (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir schlagen für die CDU-Fraktion Bürgermeister Josef Müller als Bürgermeister vor.

(Martin Börschel [SPD]: Und Elfi Schö-Antwerpes auf dieselbe Liste!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist dann also die Liste 1: Josef Müller, Elfi Schö-Antwerpes.

Gibt es weitere Vorschläge, meine Damen und Herren? – Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, werte Damen und Herren! Ich hätte mir den Weg an das Rednerpult gerne gespart und vom Platz aus gesprochen, aber uns fehlt da vorne ein Mikrofon.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wir haben das schon festgestellt, wir werden das zur nächsten Sitzung ändern.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das finde ich sehr gut.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht ebenfalls einen Listenvorschlag. Unser Listenvorschlag lautet: Angela Spizig.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vorschlag zwei: Angela Spizig. – Dann gab es noch eine Wortmeldung von Herrn Sterck. Bitte schön.

Ralph Sterck (F.D.P.): Herr Oberbürgermeister! Ich schlage Manfred Wolf zur Wiederwahl vor.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vorschlag drei: Manfred Wolf.

So, gibt es weitere Vorschläge? – Die kann es eigentlich nicht geben, weil wir uns vorher auf drei Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen geeinigt haben.

(Zuruf Bündnis 90/Die Grünen: Doch! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Prinzip können alle 90 Ratsmitglieder vorgeschlagen werden!)

- Ja, aber es gibt keine weiteren Vorschläge.

Bevor wir jetzt in den Wahlakt eintreten, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Machen Sie Ihre Wahlentscheidung bitte eindeutig durch *ein* Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, insbesondere wenn noch Zusätze wie „Ja“ oder „Nein“ gemacht werden. Also: nur ankreuzen!

Wenn Sie sich der Wahl enthalten wollen, dann werfen Sie bitte den Stimmzettel ohne jede Kennzeichnung oder Vermerk – also blanko – in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen zur Berechnung nicht mit. Ich denke, das ist so weit verständlich.

Ich bitte die Vertreter der Medien, bis zum Ende des Wahlaktes doch noch einen Abstand von mindestens fünf Metern zur Wahlkabine zu wahren. Das empfiehlt sich auch angesichts der Weitwinkel, die hier im Raume verwendet werden.

(Heiterkeit)

Ich bitte die Stimmzähler, die ich eben berufen habe, nun zur Wahlurne zu gehen und diese zu überprüfen; das ist Ihre erste Amtshandlung heute. Geben Sie mir bitte ein Signal, wenn Sie die Wahlurne geprüft haben! – Danke.

Ich werde jetzt noch einmal für alle Ratsmitglieder die drei Listen benennen: Auf der Liste 1 kandidieren Josef Müller und Elfi Schö-Antwerpes gemeinsam, auf der der Liste 2 kandidiert Angela Spizig, auf der Liste 3 Manfred Wolf.

Ich bitte nun unsere Schriftführerin, Frau Kramp, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Zum Schluss, so bitte ich, mögen zunächst die Stimmzähler und anschließend ich selbst zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Wenn ich nicht gerufen werde, komme ich trotzdem.

(Heiterkeit)

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Nach Ihrem Aufruf begeben Sie sich bitte zur Wahlurne, wählen Sie und werfen Sie den Stimmzettel in die Wahlurne. Die noch nicht aufgerufenen Ratsmitglieder bitte ich, bis zu ihrem Aufruf auf ihren Plätzen zu verbleiben. Ansonsten bildet sich dort vorne eine große Traube. Die Stimmzähler bitte ich, die Stimmzettel an der Wahlkabine auszugeben und den Einwurf in die Urne zu bewachen.

Frau Kramp, Sie bitte ich, nun mit dem Aufruf der Ratsmitglieder zu beginnen.

(Aufruf der Ratsmitglieder und Auszählung der Stimmen von 16.15 Uhr bis 16.45 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Das Ergebnis liegt vor.

Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben:

Es sind 91 Stimmen abgegeben worden. Das ist auch korrekt; denn der Rat hat 90 Mitglieder, zusammen mit meiner Stimme sind es 91. Davon waren sechs Stimmen ungültig; es gab eine Stimmenthaltung. Diese Stimmen zählen, wie vorher gesagt, zur Berechnung der Höchstzahlen nicht mit. So bleiben also 84 gültige Stimmen.

Auf den Listenvorschlag 1 entfielen 53 Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Auf den Listenvorschlag 2 entfielen 19 Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

Auf den Listenvorschlag 3 entfielen zwölf Stimmen.

Damit sind gewählt:

- Herr Josef Müller zum Ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters,
- Frau Elfi Scho-Antwerpes zur Zweiten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters,
- Frau Angela Spizig zur Dritten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters.

Nach der Berechnung des Höchstzahlverfahrens kommt Frau Scho-Antwerpes nämlich auf 26,5 und Frau Spizig auf 19 Stimmen.

Ich möchte nun alle drei der Reihe nach fragen, ob sie ihr Amt annehmen:

Ich frage zunächst Sie, Herr Josef Müller: Nehmen Sie die Wahl zum Ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters an?

(Josef Müller [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen!)

- Herzlichen Dank, ich gratuliere!

(Lebhafter Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Frau Scho-Antwerpes, ich darf Sie auch fragen: Nehmen Sie die Wahl zur Zweiten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters an?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Ja, gerne!

- Danke schön, auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Und ich darf Frau Spizig fragen: Nehmen Sie die Wahl zur Dritten Stellvertreterin des Oberbürgermeisters an?

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön!

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD und FDP)

Ihnen dreien noch einmal herzlichen Glückwunsch!

(Beifall – Persönliche Glückwünsche – Fotos durch die Presse)

Ich denke, es ist sinnvoll, die Sitzung für einige Minuten zu unterbrechen.

(Heiterkeit – Unterbrechung von 16.47 Uhr bis 16.54 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, Sie haben zwar alle zur Wahl gratuliert, aber dafür ist es eigentlich noch zu früh; denn schließlich muss ich die Bürgermeister noch verpflichten und einführen – nicht dass Sie danach noch einmal gratulieren kommen!

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

6. Einführung und Verpflichtung der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen

Ich bitte die gerade Gewählten, zu mir zu kommen, damit ich die Einführung und Verpflichtung vornehmen kann. Dazu bitte ich alle Anwesenden – auch unsere Gäste auf der Tribüne –, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben als Bürgermeister bzw. als Bürgermeisterin der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Mit diesem Akt sind Sie in Ihre Ämter eingeführt.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Ich darf Ihnen persönlich jetzt noch mit einem Blumenstrauß ganz herzlich gratulieren.

(Beifall – Persönliche Glückwünsche – Fotos durch die Pressevertreter)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe damit den Tagesordnungspunkt 7 auf:

7. Festlegung der Anzahl und der Bezeichnung der Ausschüsse

Den Beschluss müssen wir, wie ich bereits eingangs mitgeteilt hatte, jetzt formulieren. Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben mir einen Vorschlag schriftlich vorgelegt, den ich jetzt an jede Fraktion, an jede Gruppe, an jeden Mandatsträger schriftlich verteilen lasse. So lange warte ich.

Frau Moritz, war das eine Wortmeldung?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich melde mich gleich noch einmal! Ich war zu schnell!)

- Gut.

Nach dem Ihnen nunmehr vorliegenden Vorschlag sollen insgesamt 19 Ausschüsse gebildet

werden. – Aber jetzt meldet sich erst einmal Frau Moritz, bitte schön.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich musste mich erst durch die Liste kämpfen, aber schlussendlich habe ich gefunden, wozu ich sprechen wollte. Es geht um Punkt 14 des Vorschlages: Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün. Eigentlich waren wir übereingekommen, dass der Gesundheitsausschuss durch die Gründungen der gemeinnützigen GmbH an Bedeutung verloren hat. Weil wir zudem alle das Ziel verfolgen, die Ausschüsse kompakter zu machen, gab es den Vorschlag, die verschiedenen Zuständigkeiten des Gesundheitsausschusses inhaltlich sinnvoll zu verteilen.

Inhaltlich haben wir das an drei, vier Zuständigkeitsfeldern festgemacht: Die Themen Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung, Veterinärmedizin sollten in den Umweltausschuss. Die Themen Drogenpolitik und Aidshilfe gehören unserer Meinung eher in den Sozialausschuss. Themenfelder wie „gesunde Ernährung für Schulkinder“ oder „Gesundheitsprogramme für Jugendliche“ hätten sehr gut im Ausschuss für Jugend und Schule behandelt werden können.

All diese Themen gebündelt einfach an den Umweltausschuss anzudocken, wird unseres Erachtens dem Inhalt nicht gerecht. Ich weiß, dass das jetzt ein Kompromiss in letzter Minute ist, und kann auch akzeptieren, dass die SPD, die das vorgeschlagen hat, jetzt eine größere Rolle spielt. Aber inhaltlich können wir dieser Zusammenlegung so nicht folgen. Trotzdem möchten wir natürlich nicht gegen den gesamten Vorschlag stimmen. Deshalb werden wir uns enthalten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank. Trotzdem werde ich gleich noch einmal vortragen, welche Ausschüsse eingesetzt werden sollen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was das Image, die Darstellung meiner Fraktion nach außen, angeht, ist es prinzipiell eine gute Sache, dass Sie für sich hier eine Ausarbeitung machen, unter völligem Ausschluss unserer Fraktion. Wir haben heute zum allerersten Mal dieses Papier

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

in die Hand bekommen. Dieses Verfahren macht in dankenswerter Offenheit die politische Distanz deutlich,

(Petra Grah [CDU]: Gott sei Dank!)

die zwischen Ihnen auf der einen und der Fraktion pro Köln auf der anderen Seite besteht.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

- Ich freue mich, dass ich aus allen Fraktionen so lebhaften Zuspruch bekomme.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat meine Fraktion beanstandet, dass dieser Punkt schon in dieser Sitzung beraten wird, unter ebensolchen Voraussetzungen. Sie beschließen irgendetwas im Hinterzimmer,

(Petra Grah [CDU]: Hier gibt es keine Hinterzimmer!)

Fristen zur Einbringung in den Rat werden nicht eingehalten, eine der Fraktionen im Rat ist von der Beratung völlig ausgeschlossen. Sie wissen, dass Sie die Mehrheit haben. Mit Mehrheitsbeschluss können Sie das prinzipiell natürlich auch beschließen. Ob in formaler Hinsicht die Missachtung der Fristen in Ordnung gewesen ist, wird von unabhängiger Stelle geprüft und entschieden werden müssen. Wir sind der Auffassung, dass das nicht in Ordnung gewesen ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs, Sie müssen jetzt bitte zur Sache sprechen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Zur Sache sage ich: Zwischen der Vorlage dieses Vorschlages und der Abstimmung vergehen fünf Minuten. Wie soll sich denn eine Ratsfraktion in fünf Minuten mit solch einem Vorschlag auseinander setzen? Offensichtlich ist eine solche Auseinandersetzung von Ihnen weder intendiert, noch ist sie objektiv möglich. Es ist objektiv unmöglich. Meine Fraktion kann gar nicht anders, als sich bei einer Abstimmung der Stimme zu enthalten. Das werden wir so natürlich auch machen.

In der Sache kann Ihr Vorschlag sogar hervorragend sein. Vielleicht hätte man ihn graduell verbessern können, vielleicht auch nicht – es mag sein, wie es will. Dieses Prozedere ist – das sei ausdrücklich beanstandet – offensichtlich

nicht in Ordnung. Uns bleibt nichts anderes übrig, als uns zu enthalten. Wir werden dafür sorgen, dass dieser schlechte Politikstil, den Sie an den Tag legen, öffentlich gemacht wird.

Unterschätzen Sie das nicht! Sie haben zwar die Medien auf Ihrer Seite. Aber am 26. September mussten Sie merken: Sie haben weite Teile der Bevölkerung nicht mehr auf Ihrer Seite. Solche Vorgehensweisen verschärfen Ihren Entfremdungsprozess.

(Beifall bei pro Köln – Regina Wilden [pro Köln]: Bravo! – Lachen bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs, ich darf es Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen: Wenn Sie den Beschluss genau gelesen haben – was Sie sicherlich getan haben werden –, dann werden Sie wissen, dass dort der Satz enthalten ist, dass der Beschluss in der Sitzung formuliert wird. Was Sie jetzt vorliegen haben, fußt auf einem wahrscheinlich bis vor kurzem erarbeitetem gemeinsamen Vorschlag der eben genannten Fraktionen. Wenn Sie sich im Vorfeld ebenfalls Gedanken gemacht haben, können Sie einen eigenen Vorschlag einreichen. Ich habe aber nichts Entsprechendes von Ihnen bekommen. Deshalb nehmen wir dieses Papier als Gesprächsgrundlage.

Es ist Ihr gutes Recht, wenn Sie sich an der einen oder anderen Stelle melden, um etwas Besseres vorzuschlagen. Dann werden wir darüber abstimmen.

Mir liegt nun einmal dieser Vorschlag vor. Sie hätten, wie jede andere Fraktion auch, einen Vorschlag einreichen können, haben das aber bislang nicht getan. Insofern können Sie auch nicht ein undemokratisches Verhalten monieren.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Wie Sie wissen, handelt es sich bei einigen der Ausschüsse im Übrigen gar nicht um Vorschläge, weil sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Dennoch will ich alle Ausschüsse noch einmal vortragen, damit auch das Publikum weiß, worum es geht. So viel zum Thema Öffentlichkeit; wir sind, nebenbei bemerkt, in einer öffentlichen Sitzung.

Es sollen also 19 Ausschüsse gebildet werden. Vorgeschlagen werden:

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

- Hauptausschuss. Der Hauptausschuss ist ein Pflichtausschuss; bei ihm halten wir es wie bisher.
- Finanzausschuss. An diesen Ausschuss angegliedert ist der Werksausschuss Veranstaltungszentrum Köln.
- Rechnungsprüfungsausschuss. Wir alle müssen uns prüfen lassen; deshalb wird auch der RPA vom Rat eingesetzt.
- Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
- Bauen, Wohnen und Vergabe. Dieser Ausschuss ist zugleich Werksausschuss Gebäudewirtschaft.
- Beschwerdeausschuss. In diesem Ausschuss haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzutragen.
- Ausschuss Soziales und Senioren. Dieser Ausschuss ist zugleich Werksausschuss für das Zentrum für Senioren und Behinderte der Stadt Köln.
- Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen besonderen Ausschuss – wir kommen darauf nachher noch bei der Zusammensetzung zu sprechen –, weil er seinen Vorsitzenden oder seine Vorsitzende aus seinen eigenen Reihen wählt.
- Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten. Dieser Ausschuss ist zugleich Fachausschuss für Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie Werksausschuss Bühnen und Gürzenich-Orchester Köln.
- Liegenschaftsausschuss
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Sportausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss
- Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün. Dieser Ausschuss ist zugleich der Werksausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln.
- Verkehrsausschuss
- Wirtschaftsausschuss
- Wahlausschuss

- Wahlprüfungsausschuss nach Kommunalwahlrecht

- Kreiswahlausschuss nach Landeswahlgesetz

Meine Damen und Herren, gibt es dazu noch Wortmeldungen oder können wir über diesen Vorschlag abstimmen? – Herr Börschel bitte.

Martin Börschel (SPD): Wenn Sie erlauben, Herr Oberbürgermeister, möchte ich noch kurz auf den Einwand der Kollegin Moritz eingehen.

Frau Kollegin Moritz, die Absicht dieser Neuordnung war es, die Gesundheitspolitik zu stärken – anstatt sie, wie bei anderen Varianten, zu zerschlagen. Der Gesundheitsausschuss hatte die Zuständigkeit für die Kliniken durch deren Ausgliederung verloren. Insofern machte es Sinn, das in einer Organisationseinheit zu belassen.

Darüber hinaus – dieser Grund ist vielleicht noch wesentlicher – hat es mit den Stimmen auch Ihrer Fraktion, Frau Moritz, die Maßgabe gegeben, Umwelt und Gesundheit in einem Dezernat zusammenzufassen. Es ist Auffassung sowohl von CDU als auch von SPD, dass es an möglichst wenigen Stellen zu Überschneidungen zwischen Dezernatsgrenzen und Ausschusszuschnitten kommen sollte. Ansonsten läge es nämlich auf der Hand, dass ein bestimmtes Politikfeld in dem entsprechenden Ausschuss eher fünftes Rad am Wagen ist und es nicht die Bedeutung hat, die ihm zusteht. Deswegen macht es Sinn, das an dieser Stelle dezernatskongruent zuzuschneiden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von CDU, SPD, FDP und PDS. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Grüne, pro Köln, Kölner Bürger-Bündnis und Herr Ludwig. Damit ist diese Liste mit deutlicher Mehrheit beschlossen und die im Vorschlag benannten Ausschüsse werden gebildet.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

8. Festlegung der Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder

Hierzu ein Hinweis zu unserer Vorlage: In der Anlage 1 ist die Zahl der bisherigen Mitglieder des Kreiswahlausschusses mit zehn angegeben.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Da ist uns ein Übertragungsfehler unterlaufen. Diese Angabe muss auf sechs Mitglieder korrigiert werden. Diese Zahl ist nämlich durch das Landeswahlgesetz und nicht, wie in der Anlage angegeben, durch das Kommunalwahlgesetz festgelegt. – So viel zur Richtigstellung. Vielen Dank!

Jetzt gilt es, den Beschluss in der Sitzung zu formulieren. Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben mir auch hier einen Vorschlag schriftlich vorgelegt, den ich noch einmal für jede Fraktion, jede Gruppe und jeden einzelnen Mandatsträger schriftlich verteilen lasse.

Danach soll der Rat beschließen, den Kreiswahlausschuss entsprechend der gesetzlichen Regelung mit sechs Mitgliedern zu besetzen. Die Festlegung für den Jugendhilfeausschuss soll mit gesonderter Vorlage in der nächsten Ratssitzung erfolgen. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Wahlausschusses nach Kommunalwahlgesetz wird im Vorfeld der nächsten Kommunalwahl, also erst 2009, mit gesonderter Vorlage festgelegt. Im Übrigen soll die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder in allen Ausschüssen auf elf festgelegt werden.

Gibt es zu diesen Vorschlägen Fragen? – Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Keine Frage, aber eine Wortmeldung: Meine Damen und Herren, ich muss Sie nicht belehren, was Sinn und Zweck der Ausschüsse ist; das wissen Sie alle ganz gut. Die Ausschüsse werden eingerichtet, um dem Rat die Arbeit abzunehmen, und sie sollen den Rat abbilden. Überall in Nordrhein-Westfalen ist es üblich, dass die in den jeweiligen Gremien der kommunalen Selbstverwaltung vertretenen Fraktionen in den Ausschüssen mit Stimmrecht vertreten sind. So es nach Ihnen geht, wird nur in Köln von dieser Praxis zukünftig abgewichen werden, weil eine einzige Fraktion nicht mit Stimmrecht in den Ausschüssen vertreten sein soll, nämlich die Fraktion pro Köln.

Ich bezweifle, dass Sie die von Ihnen gesetzten politischen Ziele damit erreichen werden. Herr Schramma, Sie haben noch am Abend der Kommunalwahl und in der Folgezeit – ebenso wie andere Vertreter der Kölner Kommunalpolitik – öffentlich gesagt, Sie seien nunmehr bereit, mit pro Köln eine offensive Auseinandersetzung auf-

zunehmen, und wollten mit uns die inhaltliche Kontroverse führen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs, sprechen Sie jetzt bitte zur Sache! Alles andere können wir immer noch besprechen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Ich spreche zur Sache! – Dennoch wollen Sie die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder auf elf reduzieren und so meine Fraktion, zumindest was das Stimmrecht angeht, ausschließen. Auf der einen Seite äußern Sie also öffentlich, dass Sie mit uns die Kontroverse suchen wollen. Dann müssen Sie auf der anderen Seite aber auch bereit sein, sich dem in den Ausschüssen – mit allen Konsequenzen – zu stellen. Das setzt die Präsenz von Pro-Köln-Vertretern mit Stimmrecht in den Ausschüssen voraus. Sie laufen vor uns davon.

Wenn man die Schwäche Ihrer öffentlich vorgebrachten Argumente sieht, kann man nachvollziehen, warum Sie vor uns davonlaufen. Es wird Ihnen nicht gelingen. Wir werden Ihnen nötigenfalls – –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs, ich muss Sie ein zweites Mal bitten, hier zur Sache zu sprechen. Der Wahlkampf ist zu Ende. Nehmen Sie bitte zu dem Punkt Stellung, um den es jetzt geht.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Manfred Rouhs (pro Köln): Ich weise den Einwand zurück, –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist mir egal. Ich bitte Sie trotzdem, zur Sache zu sprechen.

Manfred Rouhs (pro Köln): – komme aber zum Schluss. Sie können uns vielleicht noch ein Stück weit abwürgen – darauf läuft es ja hinaus – und sich Ausschüsse geben, die die Verteilung der Sitze im Rat nicht widerspiegeln. Politisch aber werden Sie längerfristig damit scheitern. Wir werden Ihnen trotzdem, auch ohne Stimmrecht, in gebührender Form die Stirn bieten.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist es, was ich Ihnen sage: Sie bekommen genug Gelegenheiten zur Diskussion. Sie sind ja mit in den Ausschüssen drin. Dort können wir über vieles inhaltlich reden. – Frau Cromme hat sich noch gemeldet.

Anita Cromme (KBB): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich halte diese Entscheidung politisch für falsch, aus ähnlichen Gründen wie der Kollege, der gerade vor mir gesprochen hat, wenn auch mit anderer inhaltlicher Zielrichtung. Ich halte es schon für sinnvoll, dass wir uns in den Ausschüssen mit einer Gruppierung auseinander setzen, mit der wir mehrheitlich nicht übereinstimmen. Denn was passiert, wenn wir das nicht tun? Schließlich müssen wir den 16.000 Stimmberechtigten, die diese Kollegen gewählt haben, erklären, warum wir uns mit ihnen nicht auseinander setzen. Diese Leute haben ein Recht darauf, dass wir uns erklären.

Deshalb sollten wir dieser Gruppierung Gelegenheit geben, sich so deutlich auszudrücken, dass auch deren Wähler sehen, was sie da gemacht haben. Dann, so meine ich, würde sich herausstellen, dass die Fraktionen, die schon bislang im Rat vertreten waren, es sich im Vorfeld sehr leicht gemacht haben, indem sie aufgerufen haben, keine Splitterparteien zu wählen. Denn damit haben sie linke und rechte so genannte Splittergruppen auf eine Ebene gestellt. Einem Großteil der Wähler dieser Gruppierung war es offensichtlich nicht deutlich, was sie da tun, wenn sie diese Leute wählen.

Dieses Vorgehen sollten wir, so meine ich, jetzt nicht wiederholen. Sie sollten in den Ausschüssen mitarbeiten, sodass wir uns mit ihnen offensiv auseinander setzen können. Dies ist bei 11er-Ausschüssen nicht möglich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie mir noch einen kleinen rechtlichen Hinweis. Denn einiges von dem, was hier gesagt worden ist, war nicht ganz richtig. Damit richte ich mich insbesondere an die Ratsmitglieder von pro Köln, aber auch an Sie, Frau Cromme.

Die Festlegung der Ausschussgröße auf elf Mitglieder dient in keinster Weise der Diskriminierung von pro Köln. Das kann man so nicht unkommentiert stehen lassen. Ich weiß auch nicht, ob diese Behauptung auf Unkenntnis zurückzu-

führen ist oder eine mutwillige Unterstellung darstellt. Fakt ist: Eine Ratsfraktion hat keinen Anspruch darauf, unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder, in einem Ausschuss stimmberechtigt vertreten zu sein. Nur darum geht es in dieser Situation. Die Möglichkeit, sich darzustellen und mit zu diskutieren, ist in jedem Fall gegeben.

Ausschüsse sind, wie Sie wissen, verkleinerte Gremien des Rates, die dessen Entlastung dienen. Die Größe eines Ausschusses hat sich nicht an Machtansprüchen einzelner Gruppen, sondern an der Effizienz der Ausschussarbeit zu orientieren. In der vergangenen Ratsperiode hatten wir eine Ausschussgröße von 13 Mitgliedern. Ich erinnere aber daran, dass in den Gesprächen der letzten Monate immer wieder der Vorschlag diskutiert wurde, um der Effektivität willen die Anzahl der Ausschussmitglieder zu reduzieren. Aus diesem Grunde reduzieren wir die Anzahl jetzt auf elf. Aber auch bei Beibehaltung der bisherigen Größe von 13 Mitgliedern hätte pro Köln nach dem in der Gemeindeordnung vorgesehenen Höchstzahlverfahren keinen stimmberechtigten Sitz.

Die jetzige Konstellation ist daher nicht nur rechtlich zulässig, sondern auch als üblich anzusehen, also keineswegs nur ein Kölner Modell, wie hier eben unterstellt wurde. Dies sieht auch der Landesgesetzgeber so und hat in § 58 Abs. 1 der Gemeindeordnung eine Regelung für diesen Fall getroffen. Die Fraktionen, die nicht mit einem stimmberechtigten Sitz im Ausschuss vertreten sind, können ein so genanntes beratendes Mitglied ohne Stimmrecht in den Ausschuss entsenden.

Ich denke, damit ist dieser Vorwurf ausgeräumt.

Meiner Meinung nach könnten wir nun über den Vorschlag abstimmen. Oder gibt es dazu andere Vorschläge? – Bitte schön.

Manfred Rouhs (pro Köln): Wie hier vorgeschlagen, nur mit dem Unterschied, dass die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder in allen Ausschüssen auf 13 festgelegt werden sollen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das nützt Euch doch nichts! – Weitere Zurufe von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

- Warten Sie es ab!

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gut, das ist der Vorschlag. Sie haben aber mitbekommen, dass das für Sie keine Änderung mit sich bringt? – Ich lasse abstimmen.

Da der Vorschlag mit 13 Mitgliedern weiter gehend ist, lasse ich zunächst darüber abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln und das ist das Kölner Bürger-Bündnis. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP. Enthaltungen? – PDS und Herr Ludwig. Damit ist dieser Vorschlag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Vorschlag mit elf Mitgliedern abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Dafür stimmen CDU, SPD, Grüne und FDP. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von pro Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis. Enthaltung? – PDS, Herr Breninek und Herr Ludwig.

Damit ist das so beschlossen und die in dem Vorschlag genannten Zahlen sind festgelegt.

Nun kommen wir zu der Festlegung der Reihenfolge der Vertretung in den Ausschüssen, Tagesordnungspunkt 9:

9. Festlegung der Reihenfolge der Vertretung in den Ausschüssen

In der Ihnen vorliegenden Vorlage wird als Beschluss die folgende Vertretungsregelung empfohlen, die auch in der vergangenen Ratsperiode erfolgreich so praktiziert wurde: Je Fraktion soll die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge durch die übrigen der Fraktion angehörenden Ratsmitglieder vorgenommen werden, soweit nicht die persönliche Vertretung vorgeschrieben ist; das gibt es ja in einzelnen Fällen auch.

Können wir darüber abstimmen? – Es gibt keine anderen Vorschläge. Ich denke auch, das ist unproblematisch.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS, pro Köln, Kölner Bürger-Bündnis und Herr Breninek. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das Ergebnis sogar einstimmig.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10:

10. Festlegung der Anzahl der sachkundigen Bürger in den Ausschüssen

Für diesen jetzt zu formulierenden Beschluss gibt es einen Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, der wie folgt lautet:

Der Rat solle beschließen, die Anzahl der stimmberechtigten sachkundigen Bürger nach § 58 Abs. 3 GO NW in den Ausschüssen (mit Ausnahme der Pflichtausschüsse nach § 59 GO NW) auf einen sachkundigen Bürger/Fraktion festzulegen.

Nur zur Information: Der „sachkundige Bürger“ ist ein Mitglied, das anstelle eines Ratsmitgliedes benannt werden kann.

Eine Wortmeldung von Frau Grah, bitte schön.

Petra Grah (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich mache den Vorschlag, dass wir die Anzahl der sachkundigen Bürger auf maximal zwei Mitglieder für CDU und SPD erhöhen, wobei es bei maximal einem für Grüne und FDP bleiben sollte.

(Jörg Detjen [PDS]: Damit Ihr besser regieren könnt, oder wie?)

- Das macht doch dabei überhaupt keinen Unterschied, Herr Detjen. Die Frage ist doch nur, ob man von den stimmberechtigten Mitgliedern Ratskolleginnen und -kollegen einsetzt oder ob man jemanden von außen einsetzen kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das hatte ich versucht zu erklären, Frau Grah.

(Petra Grah [CDU]: Er hat es aber nicht verstanden! – Gegenruf Jörg Detjen [PDS]: Wir brauchen mehr Unterstützung!)

Ich verstehe dies so, dass die nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren in einem Ausschuss vertretenen Fraktionen für einen ihnen jeweils zustehenden Sitz statt eines Ratsmitgliedes – oder bei CDU und SPD: statt zweier Ratsmitglieder – einen sachkundigen Bürger benennen können, aber nicht müssen. Ich denke, das ist zulässig.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen von mir eben vorgelesenen Vorschlag – mit der Ergänzung von Frau Grah, also der 2-1-1-Lösung – ist, den bitte ich

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und das Kölner Bürger-Bündnis. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Pro Köln, PDS sowie Herr Breninek und Herr Ludwig. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 11:

11. Festlegung der Anzahl der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen

Heute geht es nur um die Festlegung der Anzahl. Die Wahl können wir in der nächsten Sitzung am 4. November festlegen. Den Beschluss zu diesem Punkt müssen wir jetzt in der Sitzung noch formulieren.

Hierzu liegt mir ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP vor, der wie folgt lautet:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat beschließt,

1. für den Liegenschaftsausschuss und den Wahlprüfungsausschuss werden keine sachkundigen Einwohner bestellt;
2. für den Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsbauten sind neun sachkundige Einwohner vorgesehen;
3. für den Ausschuss Soziales und Senioren wählt der Rat neun sachkundige Einwohner.

Im Übrigen sind wie bisher die Wohlfahrtsverbände

- Amt für Diakonie
- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
- Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln,
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V. und
- Synagogengemeinde Köln

berechtigt, je einen Vertreter und einen Stellvertreter als sachkundige Einwohner für diesen Ausschuss zu

benennen, die vom Rat zu wählen sind. Zusätzlich können die Seniorenvertretung sowie der Ausländerbeirat/Integrationsrat je einen sachkundigen Einwohner vorschlagen, der vom Rat zu wählen ist (s. 5).

4. Im Übrigen wird die Anzahl der sachkundigen Einwohner nach § 58 Abs. 4 GO NW in den Ausschüssen (mit Ausnahme der Pflichtausschüsse und des Jugendhilfeausschusses) auf sechs sachkundige Einwohner festgelegt.
5. Die nach der Hauptsatzung bestehenden Benennungsrechte der Seniorenvertretung und des Ausländerbeirates/Integrationsrates bleiben hiervon unberührt. Die benannten Personen sind vom Rat in einer gesonderten Vorlage zu wählen.
6. Die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP verständigen sich bei der späteren Besetzung auf eine gemeinsame Liste, in der im Falle von sechs sachkundigen Einwohnern pro Ausschuss die Fraktionen von CDU und SPD je zwei, die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP je einen, im Falle von neun sachkundigen Einwohner pro Ausschuss die Fraktionen von CDU und SPD je drei, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen je zwei und die Fraktion FDP je einen benennen kann.

Dieser Vorschlag wird gerade für jede Fraktion, jede Gruppe und jedes Einzelratsmitglied noch einmal verteilt. – Ich gehe davon aus, dass das jetzt erfolgt ist.

Gibt es weitere Vorschläge? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von CDU, SPD, Grüne, FDP und Herr Breninek. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von pro Köln und dem Kölner Bürger-Bündnis. Enthaltungen? – PDS und Herr Ludwig.

Damit ist dieser Vorschlag mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 12:

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

12. Festlegung der Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitze

Der Beschluss ist jetzt zu formulieren. Ich würde vorschlagen, es für alle Ausschüsse bei zwei stellvertretenden Vorsitzenden zu belassen. Diese Praxis hat sich in der letzten Ratsperiode bewährt. Zur Begründung verweise ich auf die Ihnen vorliegende Beschlussvorlage.

Ich möchte hier nur deutlich machen, dass sich der Beschluss nicht auf den Hauptausschuss bezieht. Nach § 57 Abs. 3 Satz 3 GO NW wählt der Hauptausschuss nämlich aus seiner Mitte einen oder mehrere Vertreter des Vorsitzenden. Hier ist der Vorsitzende automatisch der OB selbst. Damit legt der Hauptausschuss auch selbst fest, wie viele stellvertretende Vorsitzende es sein sollen.

Zum Zweiten legt der Rat nicht fest, wer Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender im Kreiswahlausschuss oder im Wahlausschuss für die Kommunalwahl ist. Dies ergibt sich aus den Spezialregelungen des Wahlrechts.

Zum Dritten – dies ist in der Vorlage ausgeführt – bezieht sich der Beschluss nicht auf den Jugendhilfeausschuss. Dieser legt ebenfalls die Zahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden selbst fest.

Gibt es hierzu weitere Vorschläge oder Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir – mit der genannten Einschränkung, dass sich der Beschluss nicht auf den Hauptausschuss, den Kreiswahlausschuss, den Wahlausschuss und den Jugendhilfeausschuss bezieht – zur Abstimmung.

Wer also für den genannten Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Kölner Bürger-Bündnis und Herr Breninek. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der PDS. – Herr Ludwig habe ich bei der Abstimmung vergeblich gesucht; er ist offenbar momentan nicht im Saal und konnte somit an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Dann ist das so beschlossen.

Jetzt werden die Vorgänge zugezogen. Wenn es dunkel wird, wird es immer spannend. Wir kommen nämlich zu Tagesordnungspunkt 13:

13. Zuteilung der Ausschussvorsitze und der stellvertretenden Ausschussvorsitze

Wir wollen aber nichts im Dunkeln lassen, sondern das dient nur dazu, die Darstellung auf der hinter mir befindlichen Leinwand für alle sichtbar zu machen. So können Sie alle besser verfolgen, was als Angebot und Nachfrage auf den Markt kommt.

Zunächst möchte ich klarstellen: Wir wählen heute nicht die Personen, sondern legen lediglich fest, welche Fraktion das Benennungsrecht für die jeweilige Funktion hat. Dies ist nach der Gemeindeordnung so vorgesehen. Die namentliche Benennung ist erst möglich, wenn die Ausschüsse mit konkreten Personen besetzt sind, da Ausschussvorsitzender bzw. stellvertretender Ausschussvorsitzender nur werden kann, wer auch dem Ausschuss als stimmberechtigtes Mitglied angehört.

Da nur stimmberechtigte Ratsmitglieder im jeweiligen Ausschuss zum Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter ernannt werden können, steht ein Anspruch auf diese Funktionen nach den Zugreifverfahren nur den Fraktionen zu, die in dem entsprechenden Ausschuss dann auch mit einem stimmberechtigten Ratsmitglied vertreten sind.

Kommen wir nun zum Wahlverfahren. § 58 Abs. 5 Satz 1 der Gemeindeordnung bestimmt:

Haben sich die Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt und wird dieser Einigung nicht von einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen, so bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder.

Für die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gilt dies entsprechend.

Ich frage zunächst, ob eine solche Einigung erfolgt ist.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Ich höre, das ist nicht der Fall.

§ 58 Abs. 5 Sätze 2 und 3 der Gemeindeordnung regeln insofern:

Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, werden den Fraktionen die Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Fraktionen durch 1, 2, 3 usw. ergeben; mehrere Fraktionen können sich zusammenschließen. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Oberbürgermeister zu ziehen hat.

Losentscheid, auch das noch!

(Heiterkeit)

Für die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gilt dies entsprechend.

Nicht unter das Zugreifverfahren fallen – ich sage es noch einmal – der Hauptausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Wahlausschuss und der Kreiswahlausschuss. Vorsitzender des Hauptausschusses ist kraft Gesetzes der Oberbürgermeister. Die stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses wählt dieser aus seiner Mitte. Der Jugendhilfeausschuss wählt kraft Gesetzes den oder die Vorsitzende und seine bzw. ihre Stellvertreter selbst aus den Reihen seiner stimmberechtigten Mitglieder. Der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses und des Wahlausschusses bestimmt sich nach den wahlrechtlichen Vorschriften.

Damit sind im Zugreifverfahren nach unserer Entscheidung unter TOP 7 darüber, welche Ausschüsse gebildet werden, insgesamt 15 Ausschussvorsitze bzw. eine entsprechende Zahl stellvertretender Ausschussvorsitze zugrunde zu legen.

Bei der Durchführung des Zugreifverfahrens ist eine Fraktionsgemeinschaft nur dann zu berücksichtigen, wenn sie während der Ratssitzung bei der Behandlung des einschlägigen Tagesordnungspunktes rechtzeitig und unmissverständlich auf einen Zusammenschluss zum Zwecke eines gemeinsamen Zugriffs auf die Ausschussvorsitze bzw. stellvertretenden Ausschussvorsitze hingewiesen hat.

Mir wurde bisher keine solche Fraktionsgemeinschaft angezeigt. Ist das richtig so? – Das ist also der Fall.

Damit ergeben sich für das Zugreifverfahren folgende Fraktionsstärken:

- CDU: 29
- SPD: 28
- Bündnis 90/Die Grünen: 15
- FDP: 7

- pro Köln: 4

Daraus errechnen sich die folgenden Höchstzahlen, anhand derer der Zugriff erfolgt:

Der Fraktion der CDU steht der Zugriff auf den 1., auf den 4., auf den 6., auf den 9., auf den 12. und auf den 15. Ausschuss zu.

Die SPD-Fraktion hat Zugriff auf den 2., 5., 7. und 13. Ausschuss.

Das Zugriffsrecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich auf den 3., 8. und 14. Ausschuss.

Für den noch ausstehenden 10. und 11. Zugriff müssen wir ein Losverfahren zwischen den Fraktionen von SPD und FDP durchführen, da hier gleiche Höchstzahlen bestehen. Oder gibt es hier eine einvernehmliche Einigung?

(Martin Börschel [SPD]: Das können wir dann entscheiden!)

- Okay, das entscheidet Ihr dann.

Der Fraktion pro Köln steht kein Zugriff zu.

Ich werde nun zunächst in der Reihenfolge der sich ergebenden Höchstzahlen fragen, welche Ausschussvorsitze beansprucht werden. Wir wollen versuchen, den ganzen Prozess optisch darzustellen. Ich darf meine Mitarbeiter bitten, die vorbereitete Übersicht an die Wand zu werfen. – Das ist bereits geschehen.

In der ersten Spalte finden Sie die unter TOP 7 festgelegten Ausschüsse, die dem Zugreifverfahren unterfallen. Ich rufe jetzt die jeweils an die Reihe kommende Fraktion auf und bitte die jeweiligen Sprecher – und nur diese; sonst bekommen wir hier ein Tohuwabohu –, einen Ausschuss auszuwählen und mir laut und deutlich mitzuteilen.

Der Zugriff auf den ersten Ausschuss hat die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Stadtentwicklung!)

- Stadtentwicklungsausschuss. Dann machen wir in der entsprechenden Zeile ein Zeichen für die CDU.

Nummer zwei geht an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Finanzen!)

- Finanzausschuss.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ausschuss drei an Bündnis 90/Die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Liegenschaften!)

- Liegenschaftsausschuss.

(Josef Müller [CDU]: Ein freundlicher Akt!)

- Nun wartet doch mit den Kommentaren, bis wir fertig sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird noch lustiger!)

- Nummer vier geht an die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Ausschuss für Kunst und Kultur!)

- Ausschuss für Kunst und Kultur.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Hätte ich nicht gedacht!)

- Nummer fünf geht an die SPD-Fraktion

(Martin Börschel [SPD]: Soziales und Senioren!)

- Soziales und Senioren.

Nummer sechs geht an die CDU-Fraktion.

(Petra Grah [CDU]: Schule!)

- Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Nummer sieben geht an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Rechnungsprüfungsausschuss!)

- RPA.

Nummer acht geht an Bündnis 90/Die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bauen, Wohnen und Vergabe!)

- Bauen, Wohnen und Vergabe, zugleich Werksausschuss Gebäudewirtschaft.

Jetzt ist mit Nummer neun die CDU wieder dran.

(Petra Grah [CDU]: Wirtschaft!)

- Wirtschaft.

Jetzt die Frage an SPD und FDP, ob zwischen den beiden Parteien eine Einigung erzielt worden

ist; ansonsten würde ich, ganz simpel, eine 2-Euro-Münze werfen.

(Martin Börschel [SPD]: Die FDP kann benennen!)

- Die FDP kann bestimmen. Dann ist also die FDP am Zug mit dem zehnten Zugriff auf einen Ausschussvorsitz.

(Ralph Sterck [FDP]: Sportausschuss!)

- Danke schön, Herr Sterck.

Dann frage ich die SPD nach der Nummer elf.

(Martin Börschel [SPD]: Umwelt, Gesundheit und Grün!)

- Ja. Der zwölfte Zugriff liegt wieder bei der CDU.

(Petra Grah [CDU]: Verkehr!)

- Verkehrsausschuss.

Nummer 13 liegt wieder bei der SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen!)

- AVR.

Nummer 14 geht an Bündnis 90/Die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Beschwerde!)

- Beschwerdeausschuss.

Tja, es ist jetzt nicht gerade die Qual der Wahl für die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Wir nehmen den Rest: Wahlprüfung!)

- Ja, es blieb nur der Wahlprüfungsausschuss.

Jetzt sind wir mit allen zu bildenden Ausschüssen, die unter das Zugreifverfahren fallen, durch.

Jetzt bitte ich um Zugriff auf die ersten stellvertretenden Ausschussvorsitze.

Ich lese erneut zunächst die Höchstzahlen durch, in der bereits eben genannten Reihenfolge.

Den ersten Zugriff hat erneut die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Finanzen!)

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

- Finanzen.

Dann die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Stadtentwicklung!)

- Stadtentwicklung.

Nun Bündnis 90/Die Grünen mit der Nummer drei.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Soziales!)

- Soziales.

Die Nummer vier geht wieder an die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Sportausschuss!)

- Sport.

Dann die SPD mit der Nummer fünf.

(Martin Börschel [SPD]: Kunst und Kultur!)

- Ja.

Nummer sechs die CDU.

(Petra Grah [CDU]: AVR!)

- AVR.

Die Frage nach der Nummer sieben geht wieder an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Schule!)

- Schule.

Nummer acht für Bündnis 90/Die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Umwelt!)

- Umwelt.

Die Nummer neun für die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Rechnungsprüfung!)

- RPA.

Die Frage ist jetzt wieder, wie die Absprache zwischen FDP und SPD lauten. Hat jetzt umgekehrt die SPD das erste Recht?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

- Das habe ich so auch vermutet. Also geht die Frage zunächst an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Bauen, Vergabe und Wohnen!)

- Bauen.

Dann jetzt die FDP.

(Ralph Sterck [FDP]: Wirtschaftsausschuss!)

- Wirtschaftsausschuss.

Bei der Nummer zwölf ist wieder die CDU dran.

(Petra Grah [CDU]: Liegenschaften!)

- Liegenschaften.

Dann die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Verkehr!)

- Verkehrsausschuss.

Nummer 14 geht an Bündnis 90/Die Grünen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sollen wir jetzt beim Beschwerdeausschuss nach dem ersten Vorsitzenden auch noch den Vertreter nehmen?)

- Macht nur!

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! – Gegenruf Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was willst Du denn beim Wahlprüfungsausschuss? – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir machen das jetzt so!)

- Also Beschwerde, okay!

Dann geht die Nummer 15, Wahlprüfungsausschuss, wieder an die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Ja, Wahlprüfung!)

- Ebenfalls doppelt besetzt von der CDU.

Dasselbe Spiel müssen wir noch einmal machen, um die zweiten stellvertretenden Ausschussvorsitze zu bestimmen.

Die Nummer eins geht an die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Umwelt!)

- Gut, Umwelt.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Meine zweite Frage geht an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Sport!)

- Sport.

Bündnis 90/Die Grünen hat die dritte Wahl.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: STEA!)

- STEA.

Die CDU auf der Nummer vier.

(Petra Grah [CDU]: Soziales!)

- Soziales.

Die SPD!

(Martin Börschel [SPD]: Liegenschaften!)

- Liegenschaften.

Die CDU auf der Nummer sechs.

(Petra Grah [CDU]: Bauen und Vergabe!)

- Bauen und Vergabe.

Die SPD auf der Nummer sieben.

(Martin Börschel [SPD]: Wirtschaft!)

- Wirtschaft.

Dann Bündnis 90/Die Grünen auf der Nummer acht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Schule!)

- Schule.

Auf der Nummer neun die CDU.

(Petra Grah [CDU]: Beschwerde!)

- Ja. So, jetzt haben wir wieder das Spielchen um die Nummern zehn und elf.

(Martin Börschel [SPD]: Wir sind dran! – Gegenruf Ralph Sterck [FDP]: Ich habe gerade gedacht, jetzt können wir lösen!)

- Sollen wir lösen? – Wir haben eine Zahl und einen Adler zu vergeben.

(Martin Börschel [SPD]: Wir nehmen natürlich den Adler!)

- Dann bleibt die Zahl für die FDP. – Was haben wir? – Zahl! Die FDP hat den ersten Zugriff.

(Ralph Sterck [FDP]: AVR!)

- AVR.

Und die SPD?

(Martin Börschel [SPD]: Kunst und Kultur!)

- Kunst und Kultur.

Die CDU unter zwölf.

(Petra Grah [CDU]: Finanzen!)

- Finanzen. Die Nummer 13 geht wieder an die SPD.

(Martin Börschel [SPD]: Rechnungsprüfung!)

- RPR.

Die Nummer 14 kann Bündnis 90/Die Grünen wählen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Verkehr!)

- Verkehrsausschuss.

(Karl Klipper [CDU]: Und wir haben wieder den Wahlprüfungsausschuss! Damit haben wir alle drei Vorsitze! – Heiterkeit und Beifall)

- Das ist doch ein ganz wichtiger Ausschuss. Die CDU bestätigt das bitte: Ist das okay so, Petra? Ich möchte gerne ein klares und deutliches Ja hören.

(Petra Grah [CDU]: Ja!)

- Danke schön. Damit haben wir die Besetzung im Zugreifverfahren durch die Fraktionen festgelegt. Ich danke auch der Verwaltung für die technische Unterstützung. Das war für alle Ratsmitglieder und für die Zuschauer eine gute Sache.

(Beifall)

- Die Übersicht wird jetzt noch ausgedruckt und verteilt.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Die Tagesordnungspunkte 14 und 15 sind zurückgezogen worden. Damit kommen wir jetzt zum Punkt 16.

16. Bildung des Wahlprüfungsausschusses für die Kommunalwahl 2004

Zunächst darf ich darauf hinweisen, dass die in der Vorlage noch offen gelassene Anzahl von Mitgliedern gemäß unserer Entscheidung unter Tagesordnungspunkt 8 nunmehr auf elf Mitglieder festgelegt ist. Unter TOP 13 haben wir festgestellt, welcher Fraktion die Vorsitze bzw. stellvertretenden Vorsitze zustehen.

Wir müssen jetzt also nur über die personellen Besetzungen entscheiden. Im ersten Schritt wählen wir die Mitglieder des Ausschusses. Im zweiten Schritt werden Vorsitz und Stellvertretung festzustellen sein. Ich nehme an der Beschlussfassung nicht teil.

Zunächst zu den Mitgliedern. Ich frage, ob es eine Einigung auf einen einheitlichen Wahlvorschlag zwischen allen Ratsmitgliedern gibt. – Es liegt ein Vorschlag vor. Dieser beruht auf einer Einigung zwischen vier Fraktionen – CDU, SPD, Grünen und FDP – und umfasst folgende Benennungen:

- CDU: Herr Bartsch, Frau Gärtner, Frau Grah, Herr Simons
- SPD: Herr Kaske, Herr Ciesla-Baier, Frau Rotsch-Schultes und Herr Philippi.
- Bündnis 90/Die Grünen: Herr Frank und Herr Waddey.
- FDP: Herr Wolf.

Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? – Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Als zweite Liste bitte ich Sie, den Wahlvorschlag Judith Wolter zu notieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gut, das ist eine zweite Liste. Gibt es weitere Wortmeldungen oder Vorschläge? – Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die erste Liste ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Manfred Rouhs [pro Köln]: Halt!)

- Bitte?

(Manfred Rouhs [pro Köln]: Ich beantrage geheime Abstimmung! – Unruhe und Widerspruch)

- Es wäre schön, Herr Rouhs, wenn Ihnen das ein bisschen früher eingefallen wäre.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Geht sowieso nicht! – Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch gar nicht möglich! – Josef Müller [CDU] Wir waren in der Abstimmung! – Manfred Rouhs [pro Köln]: Bei etwas mehr Kommunikation hätte man früher darüber reden können!)

- Wenn Sie aufstehen und an das Mikrofon gehen, dann haben Sie die Kommunikation ja auf Ihrer Seite. Aber wir waren schon in der Abstimmung und das ist ein bisschen spät.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

- Sie müssen in Zukunft etwas schneller sein. Der Weg zum Mikrofon ist ja nicht so weit.

Wir waren in der Abstimmung. Ich frage daher noch einmal: Wer für den ersten Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von CDU, von SPD, von den Grünen, von der FDP, von der PDS, von Herrn Brennek.

Wer stimmt für die Liste zwei? – Das ist die Fraktion pro Köln.

Enthaltungen? – Herr Ludwig und das Kölner Bürger-Bündnis.

Das heißt, der Vorschlag der Liste eins ist so beschlossen.

Wir müssen nun die Vorsitzende oder den Vorsitzenden benennen. Deshalb die Bitte an die CDU, mir jetzt drei Namen zu nennen.

(Petra Grah [CDU]: Wir haben ja vier zur Auswahl! – Heiterkeit)

- Wer also wird Vorsitzender oder Vorsitzende?

(Petra Grah [CDU]: Gärtner!)

- Frau Gärtner ist zur Vorsitzenden bestimmt worden. Was ist mit dem ersten Stellvertreter?

(Petra Grah [CDU]: Bartsch!)

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

- Herr Bartsch. Und der zweite?

(Petra Grah [CDU]: Simons!)

- Herr Simons.

Ich denke, das findet die Zustimmung aller Ratsmitglieder. – Dann schließen wir diesen Punkt ab.

Wir können jetzt zum Tagesordnungspunkt 17 kommen.

17. Antrag auf eine Aktuelle Stunde

Wir hatten zu Beginn beschlossen, heute die Redezeit in Abweichung von der Geschäftsordnung auf fünf Minuten zu beschränken.

Wer spricht für die Antrag stellende Fraktion? – Bitte schön, Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat für die heutige Sitzung die Durchführung einer Aktuellen Stunde beantragt. Hintergrund ist die Diskriminierung der Fraktion pro Köln und die verfassungsfeindlichen Tendenzen bei der Kölner CDU.

Zunächst ist hierzu anzuführen, dass es bereits im Vorfeld enorme Diskriminierungen meiner Fraktion gegeben hat: So wurden uns keine Räume zur Verfügung gestellt, um uns adäquat auf diese Ratssitzung vorzubereiten.

Angefangen hat das mit Äußerungen des Oberbürgermeisters Schramma. Sie haben bereits am Wahlabend geäußert, dass wir keine Räume im Rathaus bekommen werden. Das Rathaus sei voll. Diesen Äußerungen kann man entnehmen, dass Sie ein gespaltenes Verhältnis zur Demokratie haben. Denn Sie sollten das Wahlergebnis achten und anerkennen, dass wir mit Fraktionsstärke in diesen Rat eingezogen sind. Dafür brauchen wir natürlich auch Büroräume. Als Fraktion sollten wir bevorzugt natürlich Büroräume im Rathaus bekommen. Ein Weiteres – –

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Da muss ich Sie ein bisschen korrigieren und Sie in gewisser Weise auch zur Ordnung rufen. Mein Verhältnis zur Demokratie ist sehr gesund.

Im Übrigen stehen Ihnen selbstverständlich Räume zu. Wir sind auch auf der Suche danach.

Dazu werden Sie gleich entsprechende Ausführungen bekommen. Wenn Sie mit mir persönlich darüber gesprochen hätten, hätte ich Ihnen den Sachstand schon längst mitteilen können. Es ist aber nicht so ganz einfach, für Sie Räume zu finden. Was ich zum Rathaus gesagt habe, trifft nach wie vor zu: Da ist im Moment kein Platz. Das hat aber nichts mit Ihnen zu tun, sondern mit dem Platzangebot im Rathaus grundsätzlich.

Bitte schön, jetzt können Sie fortfahren.

Judith Wolter (pro Köln): Eine weitere Äußerung, die kürzlich gefallen ist und beachtenswert ist, stammt vom CDU-Kreisvorsitzenden Walter Reinartz. Dieser hat gesagt: „Pro Köln hat überhaupt keine Berechtigung, in dieser Stadt Politik zu machen.“

(Beifall bei CDU und SPD)

Dies ist ganz offensichtlich eine verfassungsfeindliche Äußerung; denn pro Köln hat sehr wohl eine Berechtigung, in dieser Stadt Politik zu machen: Wir sind von mehr als 16.000 Wählern, Bürgern dieser Stadt, gewählt worden. Wir sind also demokratisch legitimiert. Es kann hier keiner sagen, wir hätten überhaupt keine Berechtigung, in dieser Stadt Politik zu machen.

Immerhin muss man Ihnen zugute halten, dass Sie den TOP 3 der Tagesordnung gestrichen hatten, mit dem Sie geplant hatten, die Hauptsatzung zu ändern. Der Versuch allerdings ist ebenfalls eine Diskriminierung der Fraktion pro Köln.

(Petra Grah [CDU]: Woher wissen Sie das?)

Gleiches gilt für den Tagesordnungspunkt 8 – der auch behandelt worden ist –, mit dem pro Köln davon ausgeschlossen wurde, stimmberechtigte Mitglieder in die Ausschüsse des Rates zu entsenden.

Als die FDP lediglich vier Abgeordnete hatte, war es selbstverständlich, dass 13 stimmberechtigte Mitglieder in die Ausschüsse des Rates entsendet wurden, damit diese dort vertreten war. Offensichtlich wollen Sie willkürlich pro Köln von der stimmberechtigten Teilnahme in den Ausschüssen ausschließen.

Die eklatanteste Diskriminierung von pro Köln jedoch kommt unter Punkt 17.8, bei dem es um die Fraktionszuwendungen geht. Uns wurde die-

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

se Beschlussvorlage erst heute, eine Stunde vor Beginn der Ratssitzung, zugänglich gemacht, sodass wir noch nicht in der Lage waren, diese umfassend juristisch zu prüfen.

Es ist aber völlig offensichtlich, dass damit pro Köln der Fraktionsstatus durch die Hintertür wieder aberkannt werden soll. Bisher wurde zwischen den verschiedenen Fraktionen differenziert nach: einzelnen Ratsmitglieder; Gruppen, die im Rat vertreten sind; Fraktionen von vier bis acht Mitglieder. Jetzt, auf einmal, sollen Fraktionen mit vier bis sechs Ratsmitglieder keinen Geschäftsführerposten mehr erhalten. Eine Fraktion kann ohne Geschäftsführer nicht professionell arbeiten. Auch dies ist ganz offensichtlich eine Diskriminierung von pro Köln; denn diese Regelung haben Sie erst eingeführt, als Sie wussten, dass pro Köln mit vier Mitgliedern im Rat der Stadt Köln vertreten ist. Als die FDP noch mit nur vier Mitgliedern hier vertreten war, war es selbstverständlich, dass Geschäftsführer und Fraktionsassistenten finanziert wurden.

Durch diese Maßnahmen wird die Fraktion pro Köln eindeutig in ihren Rechten verletzt. Wir fordern Sie, Herr Oberbürgermeister, und die anderen Ratsfraktionen auf, sich an die demokratischen Grundsätze zu halten. Wir – im Gegensatz zu Ihnen – machen uns die demokratischen Spielregeln umfassend zu Eigen und werden diese selbstverständlich immer befolgen.

Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist im Moment nicht der Fall.

Ich möchte dazu kurz Stellung nehmen, weil der Verwaltung hier bestimmte Dinge unterstellt werden, zu denen ich eine Richtigstellung vornehmen will.

Was die damalige Situation der FDP betrifft, sind Sie sicherlich nicht ganz richtig informiert. Erst recht gilt das wohl für die gesetzliche Änderung der Rechtslage durch das BVG. Seinerzeit gab es im Rat Listenverbindungen. Das ist heute nicht der Fall. Insofern ist die Situation eine ganz andere.

Die Darstellung im Antrag, Tagesordnungspunkt 3 sei bewusst zum Nachteil der jetzt Antrag stellenden Fraktion vorgesehen worden, ist

ebenfalls falsch. Das ist eine Unterstellung, gegen die ich mich, Frau Wolter, mit aller Deutlichkeit verwahren möchte. Wenn Sie die Protokolle der vergangenen Ratsperioden studiert hätten, wäre es für Sie ein Leichtes gewesen, dies festzustellen. Der Punkt „Änderung der Hauptsatzung“ stellt einen Standardtagesordnungspunkt in der ersten, konstituierenden Sitzung des Rates dar. Aus der vergangenen Ratsperiode sind noch einige Aufträge zur Änderung der Hauptsatzung aufzuarbeiten. Ich erinnere nur an die Bildung eines Integrationsrates. Das alles werden wir am 4. November besprechen.

Ich habe Sie heute bestimmt zehnmal mit „Fraktion pro Köln“ angesprochen; insofern will Ihnen niemand – das kann auch keiner – den Fraktionsstatus absprechen. Sie sind eine Fraktion und Sie werden auch wie eine Fraktion arbeiten können. Zu der Frage der Räumlichkeiten kann vielleicht gleich Dezernent Streitberger ein paar Worte sagen. Dazu werden Sie gleich noch einige Informationen bekommen.

Ich denke, dass ich damit Ihre Vorwürfe abwehren konnte. Das konnte man so nicht stehen lassen, gerade auch was die Verwaltung betrifft.

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Schöppe, bitte.

Bernd Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Was die Räumlichkeiten anbelangt, so sind wir schon darüber informiert worden, dass es Schwierigkeiten gibt, Vermieter zu finden. Allerdings muss man da doch fragen: Warum ist es denn so schwierig, Vermieter zu finden?

(Lachen bei Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Muss ich Ihnen das beantworten?

Bernd Schöppe (pro Köln): Wir wissen beide, warum es so schwierig ist: Die Herrschaften, die dafür verantwortlich sind, sitzen hier im Raum. Nicht pro Köln hat das Klima vergiftet, sondern Sie waren es.

Eben wurde noch behauptet, es sei nicht gegen uns gerichtet, wenn kein Platz im Rathaus da sei. Aber natürlich! Ich kann mich sehr wohl an die entsprechenden Schlagzeilen erinnern. Es war von „Empörung“ und ähnlichen Worten die

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Rede. Das waren klare Aussagen gegen uns, genauso wie die Aussage von Herrn Reinarz. Solche Aussagen vergiften nun einmal das Klima.

Wenn ich dann mitbekomme, dass bei einer Bezirksvertretung unser Mandatsträger vom Gruppenfoto ausgeschlossen wird, dann frage ich mich, was anderes als Diskriminierung das ist.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich weiß auch nicht, wie man als anständiger Demokrat bei solchen Worten klatschen kann.

So weit meine Stellungnahme.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Wilden.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe folgende Bitte: Versuchen Sie, sich mit Äußerungen in der Presse, die durch nichts fundiert sind, ein bisschen zurückzuhalten.

(Zuruf Jörg Detjen [PDS])

- Es ist alles zur Sache, es gehört alles zur Aktuellen Stunde. Jetzt habe ich das Wort.

Im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen für das erste Halbjahr ist pro Köln mit keiner Silbe erwähnt. Wir haben eine andere Gruppierung hier, die sehr ausführlich erwähnt wurde. Das interessiert uns überhaupt nicht. Wenn überhaupt, so sollte Sie interessieren, dass wir nicht erwähnt werden, andere aber schon. Darin sehe ich eine Ungleichbehandlung.

Ich darf auch noch Folgendes sagen: Ich habe an das Verfassungsschutzamt in Nordrhein-Westfalen und an das Innenministerium mehrmals geschrieben, man möge mir sagen, was an pro Köln – eingeschlossen die Person von Herrn Rouhs – rechtsextrem sei. Ich habe derart dummliche Antworten erhalten; ich kann sie auch gerne rumgehen lassen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, das machen wir jetzt nicht.

Regina Wilden (pro Köln): Das ist doch die Quelle. Wenn man es mir dort nicht beantworten

kann, dann ist keiner im Raum, der es mir besser beantworten kann. Ich bitte Sie wirklich, sich zurückzuhalten und mit der Hetze, wie wir sie in den letzten Wochen erleben mussten, Schluss zu machen.

Sie haben Ihren Wahlkampf fast ausschließlich damit bestritten, ein gegen uns gerichtetes Pamphlet zu verteilen. Dennoch haben Sie nicht verhindern können, dass wir einziehen. Sie haben zu schlecht gearbeitet. Sie haben überhaupt schlecht gearbeitet.

Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es gibt eine Wortmeldung von Frau Grah.

Petra Grah (CDU): Ich denke, wir haben jetzt genug gehört in dieser Aktuellen Stunde. Ich kann keine neuen Erkenntnisse feststellen und stelle deshalb den Antrag, diese Aktuelle Stunde damit als erledigt zu betrachten.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich möchte noch eine Bemerkung zum Verfahren machen – es sind ja auch viele neue Ratsmitglieder hier, die das erste Mal eine Aktuelle Stunde erleben; das gilt vielleicht auch für das Publikum –: Am Ende einer Aktuellen Stunde steht ja kein Beschluss im eigentlichen Sinne, sondern es gibt nach § 15 Abs. 3 der GO drei Möglichkeiten, nämlich eine Sache

1. für erledigt zu erklären,
2. zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen oder
3. zur weiteren Behandlung in die Fachausschüsse zu überweisen.

Die Punkte 2 und 3 machen mir hier überhaupt keinen Sinn. Ich denke, dass hier nur der Punkt 1 infrage kommen kann, wonach die Sache für erledigt erklärt wird.

Ich schlage Ihnen das so vor und bitte um Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen von CDU,

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

von SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, von FDP, von der PDS, von Herrn Ludwig und vom Kölner Bürger-Bündnis. Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen gibt es keine. Dann ist die Sache erledigt und beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt

17. Beschlüsse zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen

auf.

Zuerst kommen wir zu Tagesordnungspunkt

17.1. Aufhebung der Betriebssatzung für die Kliniken der Stadt Köln vom 20. Dezember 1996 Ds-Nr. 1142/004

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Gegen die Stimmen der PDS so mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

17.2 Wahl der Beisitzer/innen des Wahlausschusses für die Wahl des Integrationsrates Ds-Nr. 1196/004

Drei Beisitzer bzw. Beisitzerinnen sind vom Integrationsrat schon benannt. Das sind Herr Ali Esen, Herr Ilhan Uzun und Herr Turan Özkücük. Nun sind mir benannt worden: Frau De Bellis, Frau dos Santos Herrmann und Frau Dr. Siebert. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung von PDS und Herrn Ludwig einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

17.3 Mitglieder des Institutsausschusses des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit Sitz in Köln Ds-Nr. 1208/004

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

17.4 Städtische Tageseinrichtung für Kinder Peter-Griß-Straße 8 in 51061 Köln-Flittard

Einrichtung der Stellen für das hauswirtschaftliche Personal ab 1. September 2004

Ds-Nr. 1233/004

Hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

17.5 Fortführung des wissenschaftlichen Modellprojekts zur heroingestützten Behandlung von Opiatabhängigen (Follow-Up-Studie) Ds-Nr. 1235/004

Hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? – Keine. Mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

17.6 Grubo GmbH und Grubo Baubetreuung Änderung der Gesellschaftsverträge zwecks Auflösung der Aufsichtsräte Ds-Nr. 1253/004

Das ist eine lange bekannte Sache. Die Änderungen sind in der Drucksache noch einmal im Wege einer Gegenüberstellung dargestellt. Eigentlich ist überall nur der Begriff des Aufsichtsrates herausgenommen worden. Auch wenn es sich um eine lange Vorlage handelt, so ist das, wie ich glaube, nicht problematisch. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Sie werden verstehen, dass wir eine solch umfangreiche Angelegenheit nicht beurteilen können, wenn sie uns 20 Minuten vor Sitzungsbeginn auf den Tisch gelegt wird. Das ist der einzige Grund, warum sich meine Fraktion bei dieser Abstimmung enthalten wird.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich gebe Ihnen Recht: Das wäre ungewöhnlich, wenn in dieser Vorlage sehr viel Neues stünde. Das ist hier aber nicht der Fall. Die einzige Änderung habe ich Ihnen genannt. Insofern kann man das sehr schnell nachvollziehen. Andere, hinterlistige Dinge sind dort nicht enthalten. Das ist schon ein altes Thema. Wir nehmen das also so zur Kenntnis. Wir werden uns natürlich bemühen, so etwas künftig frühzeitig zu leisten. Heute aber gab es Gründe dafür, dass wir das jetzt beschließen müssen.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS, Herr Breninek. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltung von pro Köln und vom Kölner Bürger-Bündnis. Damit ist das so beschlossen.

17.7 Auswirkungen des neuen Zuwanderungsrechts Stellenzusetzung aufgrund des Zuwanderungsgesetzes im Amt für Öffentliche Ordnung Ds-Nr. 1254/004

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommt der Tagesordnungspunkt

17.8 Fraktionszuwendungen in der Ratsperiode 2004 bis 2009 Ds-Nr. 1259/004

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Herr Rouhs, danach Herr Detjen. Bitte schön, Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Köln ist die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland. Bei vielen Landtagswahlen ist die Zahl der Stimmberechtigten kleiner, als sie es in Köln bei einer Kommunalwahl ist. Sie wissen, dass es vollkommen unmöglich ist, in einem Gremium der kommunalen Selbstverwaltung, dessen Aufgabenfülle so groß ist, wie es hier im Kölner Rat der Fall ist, sachgerechte Arbeit zu leisten, ohne ein Minimum an professionellem Apparat zur Verfügung zu haben.

Das ist auch einer der Gründe, warum dieser professionelle Apparat mit dem Anwachsen der Bürokratie im Laufe der Zeit ständig größer geworden ist. Die großen Fraktionen wären selbstverständlich ohne eine entsprechend hohe Zahl an professionellen Mitarbeitern nicht handlungsfähig. Dass die kleineren Fraktionen weniger Mitarbeiter brauchen, versteht sich von selber. Hier nun aber den Versuch zu unternehmen, der Fraktion pro Köln – nur diese betrifft es ja wieder – jeglichen professionellen Ansatz bei der Bearbeitung der hier anstehenden Themen zu verweigern, das ist abenteuerlich.

Es liegt auf der Hand, dass hier eine Form von Benachteiligung vorliegt, die auch nicht rechtmäßig sein kann. Es wird Sie sicher nicht verwundern, dass wir gerichtlich überprüfen lassen, was Sie hier versuchen. Auch das ging im Übrigen wieder im Hau-Ruck-Verfahren: Diese Vorlage lag heute ebenfalls erst 20 Minuten oder eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung auf dem Tisch. Jedenfalls ist sie nicht unter Einhaltung der Zehn-Tage-Frist vorgelegt worden; ich hatte das eingangs bereits beanstandet.

Dass es sich hier um eine Dringlichkeitsentscheidung handeln soll, wie man der Vorlage entnehmen muss, kann ich überhaupt nicht folgen. Sie berufen sich auf einen Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom März dieses Jahres. Angesichts dessen muss man schon fragen, warum da nicht im Sommer etwas geschehen ist und warum das nicht auch in der November-Sitzung hätte behandelt werden können. Das ist offensichtlich absurd: Hier soll im Schnellverfahren dafür gesorgt werden, dass eine Fraktion von jeder Möglichkeit der professionellen Teilnahme am kommunalpolitischen Leben ausgeschlossen ist.

Der Hintergedanke, den Sie damit verbinden, ist ganz klar: Sie können uns mit Recht vorwerfen, dass wir nicht in der Lage seien, ordentlich zu arbeiten, weil wir das Arbeitspensum nicht in dem Maße bewältigen können, wie das den anderen Fraktionen möglich ist. Ja, Kunststück! Wenn Sie Leute haben, die sich den ganzen Tag mit nichts anderem befassen als mit Kommunalpolitik, aber allein die Fraktion pro Köln überhaupt keinen hauptamtlichen Mitarbeiter hat, nicht einmal einen einzigen, dann haben Sie natürlich einen wesentlichen Vorteil. Nach Ihrer Vorstellung wollen Sie es schaffen, unserer Fraktion de facto den wesentlichen Teil des Fraktionsstatus – der besteht ja gerade in der professionellen Mitwirkungsmöglichkeit – durch die Hintertür eines solchen Beschlusses wieder wegzunehmen.

Damit werden Sie nicht durchkommen. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit gerichtlich auseinandersetzen. Ich bin ziemlich optimistisch, dass dem Gleichbehandlungsgrundsatz im erforderlichen Umfang zumindest von den Verwaltungsgerichten Rechnung getragen werden wird. Sie werden mit einem solchen Anschlag auf primitive demokratische Grundprinzipien weder politisch noch rechtlich durchkommen.

(Beifall bei pro Köln)

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Detjen hatte sich noch gemeldet.

Jörg Detjen (PDS): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr auffällig, dass pro Köln heute nur über das Geld und über sich redet.

(Regina Wilden [pro Köln]: Das stimmt gar nicht!)

Wenn man weiß, wie das zwischen 1989 und 1994 war – Sie haben sich sehr viele Mittel angeeignet; ich möchte nur daran erinnern, dass das Rechnungsprüfungsamt die Taxikosten beanstandet hat –, dann ist klar, wohin das gehen soll.

(Regina Wilden [pro Köln]: Wir haben bis jetzt keine Taxikosten verursacht, Herr Detjen!)

Deswegen habe ich mich hier jetzt aber nicht gemeldet. Ich möchte lediglich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass man die Mittel für die Gruppen etwas erhöht hat. Danke schön! Trotzdem: Wir fänden es richtiger, wenn man das einzelne Ratsmitglied zur Berechnungsgrundlage machen würde. Dieses Verfahren würde ich für demokratisch halten; in Bayern wird das auch so gemacht.

(Josef Müller [CDU]: In Bayern gehen die Uhren anders! – Petra Grah [CDU]: Da werden noch ganz andere Sachen gemacht!)

- Ich habe mich im Rat schon oft auf Bayern bezogen: um Sie, meine Damen und Herren von der CDU, zu beeindrucken. Das ist mir anscheinend auch jetzt gelungen.

Wir jedenfalls meinen: Grundlage der Berechnung müsste das einzelne Ratsmitglied sein. Das wollte ich hier nur einfach noch einmal zur Sprache bringen. Das wäre der richtige, das wäre ein demokratischer Weg.

Dass die Einzelmandatsträger ganz ausgeblendet werden, kann man jetzt nicht dem Rat der Stadt Köln vorwerfen; da gibt es einschlägige Gerichtsentscheidungen. Das ist schon klar, aber richtig finden wir das trotzdem nicht.

(Beifall bei PDS und Claus Ludwig)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Noch einmal Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Ich möchte die Falschbehauptung von Herrn Detjen zurückweisen, pro Köln habe niemals irgendwelche Taxikosten verursacht. Wir sind die einzigen, die die Parkkarte vom privaten Geld bezahlen. Mit keinem müden Groschen haben wir bis zum heutigen Tag den Steuerzahler belastet. Von uns vieren, die wir hier sitzen, bin lediglich ich selbst einmal für fünf Jahre im Rat gewesen.

(Martin Börschel [SPD]: Aha!)

Das heißt also: 75 Prozent Neuzugang! Ich selber habe in diesen fünf Jahren in keinem einzigen Fall irgendwo öffentliche Mittel missbraucht. Sofern es diesbezüglich Anschuldigungen gegeben hat, haben sich diese im juristischen Nachgang samt und sonders als unbegründet erwiesen.

Das, Herr Detjen, ist plumpe Stimmungsmache. Meine Fraktion ist bis zum heutigen Tag die sparsamste hier im Rat. Wir kosten den Steuerzahler bis heute gar nichts. Wir haben hier im Foyer getagt, weil wir uns nicht an anderer Stelle auf diese Ratssitzung vorbereiten konnten. Sämtliche Telefon- und Faxkosten tragen wir bislang aus eigener Tasche, ganz im Gegensatz zu Ihnen. Wir werden, nach unserer eigenen Vorstellung, durchaus bis ans Ende der Ratsperiode die für den Steuerzahler preiswerteste Fraktion sein.

(Jochen Ott [SPD]: Die billigste!)

Das ist für Sie überprüfbar. Nehmen Sie uns beim Wort!

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Eine Taxifahrt muss übrigens kein Missbrauch sein. Wenn unsere Bürgermeister zu einem Termin müssen und keinen Wagen haben, dann fahren sie natürlich schon mal mit dem Taxi. Das ist doch ganz in Ordnung. Es geht ja nicht anders; schließlich müssen wir in allen Bereichen ein bisschen auf Kostendämpfung achten.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Ludwig.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Claus Ludwig („Gemeinsam gegen Sozialraub“): Sie können sicher sein, dass ich der Fraktion pro Köln keinen Cent gönne. Aber auch ich halte die vorgeschlagene Regelung für problematisch.

Es gibt zwei große Sprünge. Der eine ist: Eine Fraktion mit sieben oder mehr Mitgliedern wird mit sehr vielen Mitteln ausgestattet. Der andere Sprung ist – davon bin ich als Einzelmandatsträger betroffen –: Eine Gruppe von zwei Ratsmitgliedern bekommt eine Ausstattung in Form eines Raumes, in Form von Telefon- und Portokostenerstattungen, während ich als Einzelmandatsträger nichts als die Aufwandsentschädigung bekomme. Das macht es schwierig, die Ratsarbeit sinnvoll zu gestalten.

Wie gesagt: Was immer pro Köln vorenthalten werden kann, ist gut. Aber trotzdem ist diese Regelung nicht demokratisch. Sie begünstigt die großen Parteien, weil diese ausreichend Gelder bekommen, während die Ratsarbeit für kleinere Gruppen und Einzelmandatsträger erschwert wird.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. – Die Begründung dafür liegt ja gar nicht bei uns als Rat; sie ist auch in der Vorlage noch einmal verifiziert. Aber das wurde jetzt so zu Protokoll genommen.

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tischvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen von pro Köln und von Herrn Ludwig. Enthaltungen? – Enthaltung der PDS. – Damit mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW

Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt

18.1 Einrichtung der Regionalagentur für die IHK-Region Köln zum 1. August 2004 (Nachfolgeeinrichtung der bis 31. Juli 2004 befristeten arbeitsmarktpolitischen Regionalsekretariate der IHK Region Köln) Ds-Nr. 1131/004

auf.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

18.2 Offene Ganztagschule im Primarbereich – Finanzierung der außerunterrichtlichen Angebote im Schuljahr 2004/2005 Ds-Nr. 1133/004

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen von pro Köln mit großer Mehrheit so beschlossen.

18.3 Maßnahmenprogramm gegen Farbsprühereien (Kölner Anti Spray Aktion) Ds-Nr. 1140/004

Dazu Wortmeldungen? – Bitte schön.

Regina Wilden (pro Köln): Zum Thema Farbsprühereien sei nur kurz gesagt: Wenn keine da sind, braucht man auch keine zu entfernen. Wir haben natürlich keinen Einfluss darauf. Aber wenn unsere Richter einem Sprüher, der vor Gericht steht, freispricht – vor Jahren hieß es vonseiten eines Richters noch, das sei Kunst –, dann müssen wir uns doch nicht wundern, wenn sich die Leute in „Kunst“ üben und sich darin gegenseitig übertreffen.

Es ist ja nicht bei den Farbsprühereien geblieben. Die nächste Stufe ist das so genannte Scratching: Jetzt werden alle Fenster in unseren Bussen und Bahnen zerkratzt.

Ich meine, man muss an der Ursache ansetzen. Deswegen werde ich dagegen stimmen, dass man mehr Leute einsetzt, um die Folgen zu beseitigen.

Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? – Das sind pro Köln, PDS, Herr Breninek, Herr Ludwig. – Enthaltungen? – Keine. – Damit mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

18.4 RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ds-Nr. 1141/004

Hierzu Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau May.

Petra May (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Dringlichkeitsentscheidung soll die volle Handlungsfähigkeit des Aufsichtsrates wiederhergestellt werden. Wenn ich mir den Gesellschaftervertrag aber anschau – die Entscheidung ist jetzt gefallen –, dann muss ich feststellen, dass dies gerade nicht der Fall ist. Denn es gibt einen Paragraphen im Gesellschaftervertrag, der die Rechte, die einem einzelnen Aufsichtsratsmitglied zukommt, diesem wieder nimmt.

Ich habe leidvolle Erfahrungen mit Aufsichtsräten gemacht. Hier fehlt es wieder an Transparenz und Kontrolle. Ein Aufsichtsrat ist nur gut, wenn das einzelne Aufsichtsratsmitglied Rechte hat. Das ist hier nicht der Fall. Aus diesem Grund werden wir uns hier enthalten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? – Gegenstimme von Herrn Ludwig. Enthaltungen? – Bei PDS, Kölner Bürger-Bündnis und Herrn Brennek. – Mit großer Mehrheit so beschlossen.

**18.5 Mobilitätspass der Stadt Köln
Verlängerung des städtischen Zuschusses für das ermäßigte 4er-Ticket der
Kölner Verkehrsbetriebe (KVB)
Ds-Nr. 1153/004**

Hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? – Keine. – Mit großer Mehrheit so beschlossen.

**18.6 Annahme einer zweckgebundenen
Spende für die Sanierung von Spielplätzen
im gesamten Stadtgebiet
Ds-Nr. 1155/004**

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

**18.7 Außerplanmäßige Ausgabe zur Sanierung
des Heizungssystems im Gebäudekomplex
Lachemer Weg 21 und 22,
50737 Köln, Haushaltsjahr 2004**

Ds-Nr. 1157/004

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

**18.8 Schülerbetreuung (Schule von acht bis
eins und Dreizehn Plus)
Genehmigung einer überplanmäßigen
Mehrausgabe zur Förderung schulischer
Betreuungsmaßnahmen an
Grund-, Haupt- und Sonderschulen
Ds-Nr. 1161/004**

Hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18.9 ist zurückgezogen.

**18.10 Sonderausstellung „Edward Hopper“
des Museum Ludwig im Zeitraum vom 5.
Oktober 2004 bis 9. Januar 2005
Sponsoringvertrag
Ds-Nr. 1172/004**

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich empfehle Ihnen übrigens, diese Ausstellung einmal zu besuchen. Sie ist ausgezeichnet.

**18.11 Sportanlage Sürther Feld in Köln-
Rodenkirchen
Umkleideeinheiten/Maschinen- und
Geräteabstellflächen
Ds-Nr. 1173/004**

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

**18.12 Durchführung berufsvorbereitender
Bildungsmaßnahmen anstelle der
bisherigen Berufsorientierungslehrgänge der
VHS
Ds-Nr. 1180/004**

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18.13:

**18.13 Sonderausstellung des Museum
Schnütgen „Der verlorene Blick“ in der
Zeit vom 27. Oktober 2004 bis 16. Januar
2005**

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Ds-Nr. 1182/004

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

18.14. „An Japans Flüssen – Festival des traditionellen japanischen Kunsthandwerks in Gifu“ im Museum für Ostasiatische Kunst (MOK) vom 15. Oktober 2004 bis 17. Oktober 2004

Ds-Nr. 1185/004

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

**18.15 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich in 78 Tageseinrichtungen für Kinder
Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
Ds-Nr. 1205/004**

Hierzu Wortmeldungen? – Frau Wilden, bitte schön.

Regina Wilden (pro Köln): Zur Sprachförderung von Vorschulkindern möchte ich feststellen: Üblicherweise können die Kinder, wenn sie im Alter von sechs Jahren eingeschult werden, sich so weit verständlich machen, dass man mit dem Schulunterricht anfangen kann. Das gilt auch dann, wenn die Landessprache nicht die Muttersprache der Kinder ist.

Wenn diese Kinder im Elternhaus bis zum Alter von sechs Jahren nicht die Landessprache erlernt haben, dann ist es selbstverständlich, dass wir etwas dafür tun müssen, auch in der hier vorgeschlagenen Weise. Aber die betroffenen Eltern sollten wissen, dass Sie etwas dazu beitragen müssen. Ich schlage vor, dafür einen Kostenbeitrag bei den entsprechenden Eltern zu erheben. Der muss nicht hoch sein. Es muss aber angezeigt werden, dass es die Pflicht der Eltern ist, zum Erlernen der Landessprache für die Kinder beizutragen. Das ist der Grund, warum ich hier mit Nein stimmen werde.

Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen über diese Vorlage. Gegenstimmen? – Gegen die Stimmen der

Fraktion pro Köln und von Herrn Breninek. Enthaltungen? – Keine. – Mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

**18.16 Überplanmäßige Ausgaben im Personalbudget von Dezernat V aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Ds-Nr. 1206/004**

Dazu Wortmeldungen? – Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig („Gemeinsam gegen Sozialraub“): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In diesem Antrag heißt es, es müsse sichergestellt werden, dass die ALG-II-Empfänger die Leistungen erhalten. Das hört sich ja sehr schön fürsorglich an, ändert aber nichts daran, dass Hartz IV und ALG II ein massives Sozialkürzungsprogramm sind, ein Umverteilungsprogramm auf Kosten von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängerinnen.

Bis zu 1,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik werden überhaupt keine Leistungen bekommen, in Köln sind weit mehr als 10.000 Familien von Hartz IV betroffen. Gleichzeitig bedeutet dieses Programm massive finanzielle Risiken für alle Kommunen. Auf der einen Seite ist die Kostenübernahme durch den Bund nicht wirklich geklärt. Wer von Ihnen glaubt, dass der Bund pünktlich die Mehrkosten trägt, die der Kommune aus Hartz IV entstehen, der kann sich gleich einmal zu Wort melden. Auf der anderen Seite ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein Programm zur Vernichtung von Kaufkraft, was auch in Köln soziale Probleme verschlimmern und gerade in ohnehin von Erwerbslosigkeit betroffenen Stadtteilen die Kaufkraft mindern wird.

Deswegen lehnen wir von „Gemeinsam gegen Sozialraub“ im Rat – ich sitze ja hier nicht nur als „Herr Ludwig“, auch wenn mich Herr Schramma immer so anspricht – Hartz IV ab, genauso wie die Umsetzung von Hartz IV in den Kommunen. Wir werden auch weiterhin gegen dieses Verarmungsprogramm, gegen diese Maßnahme des Sozialabbaus, welche am 1. Januar gleichzeitig mit einer weiteren Steuerentlastung für die Einkommensmillionäre eingeführt wird, hier im Rat und auf den Straßen von Köln Widerstand organisieren.

Danke.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ludwig. Ich hoffe, dass Sie das nicht als diskriminierend empfinden, wenn ich Sie mit „Herr Ludwig“ aufrufe. Es ist schlicht einfacher zu handhaben. Sie haben ja Ihre Zugehörigkeit noch einmal deutlich gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Es ist eine Kurzform!)

- Ja, richtig.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über diese Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? – Herr Ludwig; er hat seine Gegenstimme gerade schon deutlich gemacht. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der PDS mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Frau Beigeordnete, wollten Sie dazu noch etwas erklären?

(Beigeordnete Bredehorst: Nein!)

- Es wäre ja möglich gewesen. Aber das können wir vielleicht bei Gelegenheit nachholen.

18.17 Überplanmäßige Ausgaben im Einzelplan 4, Soziale Sicherung, bei UA. 4100 (Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG), UA 4850 (Leistungen der Grundsicherung) und UA. 4900 (sonstige soziale Angelegenheiten) Ds-Nr. 1219/004

Hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18.18:

18.18 Erstattung der Landeszuwendung für den Neubau des Wallraf-Richartz-Museums Ds-Nr. 1220/004

Dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19.

19 a) Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e. V. vom 28. Septem-

ber 2004 betreffend Leerstand städtischer Büroräume Ds-Nr. 1251/004

Hierzu wird zunächst Herr Streitberger Stellung nehmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist doch schriftlich gemacht!)

- Es gibt eine schriftliche Vorlage. Dann können wir die in der Tat ad acta legen. Oder umgekehrt? Gibt es eine Nachfrage zu der schriftlichen Stellungnahme? – Das ist nicht der Fall. Dann kann Herr Streitberger sitzen bleiben; da haben Sie völlig Recht.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 19 b):

19 b) Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir haben hierzu als Tischvorlage eine gemeinsame Resolution von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion, PDS/OL-Ratsgruppe und KBB-Gruppe bekommen, die Ihnen wohl allen ausgehändigt worden ist.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Rouhs und Frau Demirel. Gestatten Sie, dass zunächst der Antragsteller vorträgt? – Gut, Frau Demirel bitte.

Özlem Demirel (PDS): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 16. Oktober wollen die Neonazis in Kalk unter dem Motto „180 Nationen in Köln sind 179 zu viel“ demonstrieren. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir und die unterzeichnenden Parteien deutlich machen, dass wir den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretung gegen den Nazi-Aufmarsch unterstützen. Außerdem wollen wir den Kölnerinnen und Kölner Mut machen, die sich am Samstag quer stellen wollen und protestieren werden. In Köln ist nämlich kein Platz für Neonazis und ihre Hetzpolitik.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, KBB und Claus Ludwig)

Tut mir Leid, ich bin ein bisschen aufgeregt. Ich bin auch erst 20 und mache das hier im Rat zum ersten Mal.

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

Außerdem hat sich die Polizei trotz zahlreicher Briefe und Anrufe noch nicht für ein Verbot des Nazi-Aufmarsches ausgesprochen. Doch vielleicht übt unsere gemeinsame Resolution hier noch einmal deutlichen Druck aus.

Meine Damen und Herren, in Köln leben Menschen aus verschiedenen Nationen friedlich zusammen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren hier. Hier haben sie ihren Lebensmittelpunkt. Doch solch eine Demonstration der Neonazis mit einem solchen Motto zerstört das friedliche Zusammenleben aller Menschen hier in Köln.

Es ist jedoch die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, das friedliche Zusammenleben und die Integration zu fördern und allen hier lebenden Menschen Perspektiven für eine friedliche Zukunft zu bieten.

(Beifall bei PDS und SPD)

Aus diesem Grunde werden wir einer solchen Hetzkampagne immer wieder – so wie hier und heute – gemeinsam entgegentreten.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Es ist auch eine Schande, dass ein Ratsmitglied von pro Köln – ich denke, jeder weiß, wen ich meine –, das heute in unseren Reihen sitzt, im Jahre 1999 mit einem der Veranstalter des jetzigen Neonazi-Aufmarsches in Kalk schon einmal zusammengearbeitet hat. Dies verdeutlicht meiner Meinung nach erneut die Wichtigkeit einer gemeinsamen Resolution.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Köln ist eine schöne Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie weiterhin schön bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kämpfen. Denn gemeinsam sind wir Köln.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich denke, dass Sie das hier ganz gut gemacht haben. Sie haben sicherlich nicht das erste Mal vor einem solch großen, hehren Publikum gesprochen; denn Sie wissen genau, wo Sie Pausen

machen müssen, damit der Applaus kommt. Das war sehr gut!

Herr Gey, bitte.

(Herbert Gey [CDU]: Ich ziehe zurück! Die junge Dame hat alles gesagt, was zu sagen war!)

- Gut, dann Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich meiner Vorrednerin in einem wesentlichen Punkt Recht geben: Das, was da am Samstag stattfindet, ist tatsächlich ein Neonazi-Aufmarsch. Wenn die PDS so etwas behauptet, ist das nicht selbstverständlich, weil in ihren politischen Kreisen leider Gottes mit Begriffen wie „Rechtsextremismus“ und „Neonazismus“ in inflationärer Form umgegangen wird.

Aber was den Samstag betrifft, da haben Sie Recht. Dort treten in der Tat NS-Apologeten öffentlich auf, die – ich unterstelle einmal: anders als ein jeder, der hier im Rat sitzt – eine Diktatur wollen, die Rassismus predigen und deren Aufmarsch mit Sicherheit

(Jörg Detjen [PDS]: Heuchler!)

dieser Stadt, auch darin stimme ich Ihnen zu, ausschließlich schadet und kein bisschen nützt.

Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ wurde heute ein Foto veröffentlicht, das meine Wenigkeit zusammen mit einem der Veranstalter, die dort am Samstag demonstrieren, im Jahre 1999 in Kalk zeigt. Dabei handelt es sich um Herrn Axel Reitz. Das Foto ist höchstens das zweitschönste, das es von Reitz gibt. Das allerschönste ist nämlich dasjenige, welches Axel Reitz zusammen mit Herrn Jürgen Rüttgers von der CDU zeigt. Wenn Herr Reitz feststellt, dass irgendwo jemand fotografiert wird, stellt er sich daneben, um mit auf das Bild zu kommen. Denn auch er möchte gerne fotografiert werden.

Herr Rüttgers war ein Opfer dieser Methode; ich selber bin es in ähnlicher Form gewesen,

(Lachen bei der CDU)

mit einem wichtigen Unterschied: 1999 war dieser Herr Reitz 16 Jahre alt und bis dahin politisch noch nie in Erscheinung getreten. Auf einem Foto steht er ein Stück hinter mir und schaut in

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

die andere Richtung, weil er diese Demo offenbar spannend fand. Genauso wie das Foto, das Herrn Jürgen Rüttgers mit Axel Reitz zeigt, kein Indiz für Neonazi-Kontakte der CDU ist, genauso ist der Umstand, dass sich ein Herr Reitz, den ich bis dahin nicht gekannt habe – da war ich nicht der einzige; den kannte bis dahin noch niemand –, hinter meiner Wenigkeit positioniert, kein Indiz für irgendwelche Neonazi-Kontakte meiner Wenigkeit, geschweige denn der Bürgerbewegung pro Köln.

(Beifall Regina Wilden [pro Köln])

Der Aufmarsch, der am Samstag stattfinden wird, ist verurteilenswert. Bis hierhin kann ich Ihnen zustimmen. Denn dort wird in der Tat gegen Menschen fremder Nationalität, die in dieser Stadt leben, in einer Weise agitiert, die kein Verfechter demokratischer Positionen gutheißen kann.

Nicht in Ordnung ist es aber, wenn aufseiten der Gegendemonstranten, die bei derartigen Veranstaltungen auftreten, immer wieder Gewalt gegen Polizeibeamte verübt wird. Ich hätte es schöner gefunden, wenn Sie die Gewalt gegen Polizisten, die sich Auftritte bei derartigen Gelegenheiten ja nicht aussuchen können – die werden nicht gefragt, die müssen Recht und Gesetz verteidigen und ihren Kopf hinhalten –, in gleicher Deutlichkeit verurteilt hätten.

Nicht zustimmen können wir der Resolution allerdings nur deshalb, weil Sie etwas von „drei rechtsextreme Parteien bei der Kommunalwahl“ schreiben, die in die städtischen Gremien eingezogen seien. Wir ziehen uns den Schuh des Rechtsextremismus nicht an. Wir werden, auch hier im Rat – wie in den Bezirksvertretungen und, sei es drum, mit beratender Stimme in den Ausschüssen –, klar machen, dass wir nicht nur eine formal-demokratisch legitime Teilhabe am hiesigen politischen Leben anstreben, sondern auch materiell-demokratische Inhalte verfechten. Das werden Sie in den Ausschüssen merken. Sie haben es heute hier im Rat gemerkt. Sie haben es in Teilen bereits in den Bezirksvertretungen gemerkt.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen auch das sagen: Es gibt Zwischenrufe, in denen es „Heuchler“ heißt. Mittlerweile sind wir in Deutschland in einer Situation, in der bei einer solchen Frage Heuchelei nicht mehr nötig ist, wenn es um politische Erfolge geht. Es gibt Millionen Menschen im Lande, die gestrichen die

Schnauze voll haben und die wirkliche Rechts-Extremisten wählen; Sie haben das in Sachsen gesehen. Wer also nur auf Opportunität setzt, wem es nur darum geht, Wählerstimmen zu bekommen und politischen Erfolg zu haben, der kann auch so auftreten, wie es Leute aus diesem tatsächlich extremen rechten Spektrum tun, und ist trotzdem erfolgreich damit.

(Zuruf von der SPD: Fünf Minuten!)

Wenn sich pro Köln inhaltlich anders positioniert, dann geschieht das ausschließlich deshalb, weil wir von den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, überzeugt sind,

(Beifall bei pro Köln – Widerspruch bei der SPD)

dann geschieht das ausdrücklich deshalb, weil wir Minderheitenrechte anerkennen wollen und weil wir für das Recht auf freie Meinungsäußerung eintreten. Frau Demirel hat das Recht, frei ihre Meinung zu äußern, und Herr Detjen hat das Recht, dasselbe zu tun.

Was uns von Ihnen, Herr Detjen, unterscheidet, ist allerdings Folgendes: Sie haben des Öfteren in dankenswerter Offenheit klargestellt, dass Sie uns umgekehrt – wenn Sie schalten und walten könnten, wie Sie das wollen – diese Rechte nicht zugestehen würden.

(Beifall Regina Wilden [pro Köln])

Trotzdem sind wir der Auffassung, dass Sie das Recht haben sollten, Ihre verquere politische Ideologie in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs, Sie müssen zum Schluss kommen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Meine Fraktion wird sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Wir sind gegen den Nazi-Aufmarsch am Samstag, aber wir lassen uns von Ihnen nicht als Rechtsextremisten verunglimpfen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht

1. Sitzung vom 14. Oktober 2004

(vom Redner ungelesene Fassung)

der Fall. Dann stimmen wir über diese gemeinsame Resolution jetzt ab.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.
– Das sind die Antrag stellenden Fraktionen.
Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Enthaltungen der Fraktion pro Köln und von Herrn Breninek.

(Beifall bei der PDS)

Dann ist das bei einigen Enthaltungen einstimmig so angenommen.

Damit sind wir mit dem öffentlichen Teil der Sitzung am Ende. Ich darf die verbliebenen Gäste auf der Tribüne noch darauf hinweisen, dass wir einen Empfang vor dem Ratssaal vorbereitet haben. Natürlich sind auch die Damen und Herren von der Presse, sofern sie nicht gleich schreiben müssen, eingeladen. Wir beeilen uns mit dem nicht öffentlichen Teil, damit wir mit Ihnen gleich noch ein Glas Kölsch trinken können.

Herzlichen Dank und schönen Abend!

(Schluss: 18.44 Uhr)